

# MEMORIAL

Journal Officiel  
du Grand-Duché de  
Luxembourg



# MEMORIAL

Amtsblatt  
des Großherzogtums  
Luxemburg

## RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 2663

21 novembre 2007

### SOMMAIRE

A.L.P. Investment S.A. ....	127823	Jarama Holding S.A. ....	127822
Democo .....	127824	Le Premier 3 GP S.à r.l. ....	127821
E.C.T. s.à r.l. (Entreprise de Constructions Tubulaires) .....	127823	Le Premier Investment III S.C.A. ....	127823
E.C.T. s.à r.l. (Entreprise de Constructions Tubulaires) .....	127817	Les Bains de Mer Sàrl .....	127797
Esteban Invest II .....	127813	MAO Holdings S.A. ....	127816
European Scents S.à r.l. ....	127824	MFG Investment, S.à r.l. ....	127824
Field Point PE XI .....	127818	N.V.R.C. Réalisations S.A. ....	127815
Flat Holding S.A. ....	127822	R-Control Désinfections S.A. ....	127814
Flowers S.à r.l. ....	127821	Rock Ridge RE 33 S.à r.l. ....	127822
Gaynor Investments S.C.A. Sicar .....	127798	Rock Ridge RE 34 S.à r.l. ....	127818
GT-Sat International S.à r.l. ....	127813	Rock Ridge RE 34 S.à r.l. ....	127823
Immo Eco S.A. ....	127814	Rock Ridge RE 35 S.à r.l. ....	127818
International Consulting Services S.à r.l. .....	127797	Rock Ridge RE 36 S.à r.l. ....	127821
International Trade Consultants S.à r.l. .	127797	Rontec S.à r.l. ....	127821
		Sotha .....	127778
		Tradetex Holding S.A. ....	127796

**Sotha, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-1445 Strassen, 4, rue Thomas Edison.

R.C.S. Luxembourg B 133.376.

---

**STATUTEN**

Im Jahre zweitausendundsieben, am fünften November.

Vor dem unterzeichneten Notar Anja Holtz, mit dem Amtssitz in Wiltz.

Ist erschienen:

**1. Die DZ BANK INTERNATIONAL**

hier vertreten durch Frau Dörthe Hirschmann, Bankangestellte, wohnhaft in Luxemburg, Prokuristin

Die erteilten Vollmachten, ordnungsgemäß durch die Erschienenen und den Notar unterzeichnet, bleiben diesem Dokument beigelegt, um mit demselben registriert zu werden.

Der Erschienene hat in Ausführung seiner Vertretungsbefugnis den Notar gebeten, die Satzung einer Gesellschaft, welche zwischen den ihnen bestehen soll, wie folgt zu beurkunden:

**Art. 1. Name.** Zwischen den erschienen Parteien und allen, die Eigentümer von später ausgegebenen Aktien werden, wird eine Investmentgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft als «Société d'investissement à capital variable», unter dem Namen SOTHA («Investmentgesellschaft») gegründet. Die Investmentgesellschaft ist eine Umbrella-Konstruktion, die mehrere Teilfonds («Teilfonds») umfassen kann.

**Art. 2. Sitz.** Gesellschaftssitz ist Luxemburg-Strassen, Großherzogtum Luxemburg.

Durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft («Verwaltungsrat») kann der Gesellschaftssitz an einen anderen Ort innerhalb der Gemeinde Strassen verlegt werden und können Niederlassungen und Repräsentanzen an einem anderen Ort innerhalb des Großherzogtums Luxemburg sowie im Ausland gegründet oder eröffnet werden.

Aufgrund eines bestehenden oder unmittelbar drohenden politischen, militärischen oder anderen Notfalls von höherer Gewalt außerhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflussmöglichkeit der Investmentgesellschaft, der die normale Geschäftsabwicklung am Gesellschaftssitz oder den reibungslosen Verkehr zwischen dem Gesellschaftssitz und dem Ausland beeinträchtigt, kann der Verwaltungsrat durch einen einfachen Beschluss den Gesellschaftssitz vorübergehend bis zur Wiederherstellung von normalen Verhältnissen ins Ausland verlegen. In diesem Falle wird die Investmentgesellschaft die Luxemburger Staatszugehörigkeit jedoch beibehalten.

**Art. 3. Zweck.**

1. Ausschließlicher Zweck der Investmentgesellschaft ist die Anlage in Wertpapieren und/oder sonstigen zulässigen Vermögenswerten nach dem Grundsatz der Risikostreuung gemäß Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen («Gesetz vom 20. Dezember 2002») mit dem Ziel einer angemessenen Wertentwicklung zugunsten der Aktionäre durch Festlegung einer bestimmten Anlagepolitik zu erwirtschaften.

2. Die Investmentgesellschaft kann unter Berücksichtigung der im Gesetz vom 20. Dezember 2002 und im Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften (einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen) («Gesetz vom 10. August 1915») festgelegten Bestimmungen, alle Maßnahmen treffen, die ihrem Zweck dienen oder nützlich sind.

**Art. 4. Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen.** Ziel der Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds ist das Erreichen einer angemessenen Wertentwicklung in der jeweiligen Teilfondswährung (wie in Artikel 14 Nr. 2 dieser Satzung i.V.m. dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt definiert). Die teilfondsspezifische Anlagepolitik wird für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt beschrieben.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für sämtliche Teilfonds, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt enthalten sind.

Das jeweilige Teilfondsvermögen wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung im Sinne der Regeln des Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 und nach den nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nur solche Vermögenswerte erworben und verkauft werden, deren Preis den Bewertungskriterien von Artikel 14 dieser Satzung entspricht.

**1. Definitionen:****a) «geregelter Markt»**

Bei einem geregelten Markt handelt es sich um einen Markt für Finanzinstrumente im Sinne von Artikel 1 Nummer 13 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen, der

- in das in Artikel 16 der vorgenannten Richtlinie geregelte Register seines Herkunftsmitgliedstaates eingetragen ist;
- regelmäßig funktioniert;

- dadurch gekennzeichnet ist, dass die Funktionsbedingungen des Marktes, die Bedingungen für den Zugang zum Markt sowie, wenn die Richtlinie 79/279/EWG Anwendung findet, die in dieser Richtlinie festgelegten Bedingungen für die Zulassung zur Notierung, und wenn die genannte Richtlinie keine Anwendung findet, die Bedingungen, die diese Finanzinstrumente erfüllen müssen, um tatsächlich auf dem Markt gehandelt werden zu können, durch Bestimmungen festgelegt sind, die von den zuständigen Behörden erlassen oder genehmigt wurden;

- auf dem alle Melde- und Transparenzvorschriften, welche nach den Artikeln 20 und 21 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen gelten, eingehalten werden müssen.

b) «Wertpapiere»

aa) Als Wertpapiere gelten:

- Aktien und andere, Aktien gleichwertige, Papiere («Aktien»),
- Schuldverschreibungen und andere verbrieftete Schuldtitel («Schuldtitel»),
- alle anderen marktfähigen Wertpapiere, die zum Erwerb von Wertpapieren im Sinne dieser Richtlinie durch Zeichnung oder Austausch berechtigen.

Ausgenommen sind die in Artikel 42 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 genannten Techniken und Instrumente.

bb) Der Begriff Wertpapier umfasst auch Optionsscheine auf Wertpapiere, sofern diese Optionsscheine zur amtlichen Notierung zugelassen oder auf anderen geregelten Märkten gehandelt werden und das zugrunde liegende Wertpapier bei Ausübung tatsächlich geliefert wird.

c) «Geldmarktinstrumente»

Als «Geldmarktinstrumente» werden Instrumente bezeichnet, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, liquide sind und deren Wert jederzeit genau bestimmt werden kann.

2. Es werden ausschließlich

a) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einem geregelten Markt zugelassen sind oder gehandelt werden;

b) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einem anderen geregelten Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union («Mitgliedstaat»), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist gehandelt werden;

c) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;

d) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen erworben, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder auf einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird, und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

Die unter Nr. 2 c) und d) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden innerhalb von Nordamerika, Südamerika, Australien (einschließlich Ozeanien), Afrika, Asien und/oder Europa amtlich notiert oder gehandelt.

e) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW») erworben, die entsprechend der Richtlinie 85/611/EWG zugelassen wurden und/oder andere Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») im Sinne des ersten und zweiten Gedankenstrichs des Artikel 1 (2) der Richtlinie 85/611/EWG gleichgültig ob diese ihren Sitz in einem Mitgliedsstaat oder einem Drittstaat unterhalten, sofern

- diese OGA entsprechend solchen Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht (derzeit die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, die Schweiz, Hongkong, Japan und Norwegen),

- das Schutzniveau der Anteilhaber dieser OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber eines OGAW gleichwertig und insbesondere die Vorschriften über die getrennte Verwahrung der Vermögenswerte, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und die Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,

- die Geschäftstätigkeit der OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,

- der OGAW oder andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Vertragsbedingungen bzw. seiner Satzung insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder OGA anlegen darf;

f) Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten getätigt, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedsstaat der EU hat oder, falls der Sitz des Kreditinstituts in einem Drittstaat liegt, es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde denen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind;

g) abgeleitete Finanzinstrumente («Derivate»), einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, erworben, die an einem der unter Absätzen a), b) oder c); bezeichneten geregelten Märkte gehandelt werden, und/oder abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden («OTC-Derivate»), sofern

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen gemäß den in dem Verkaufsprospekt (nebst Anhang) und der Satzung der Investmentgesellschaft genannten Anlagezielen investieren dürfen,

- die Gegenpartei bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen sind,

- und die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Investmentgesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Geschäft glattgestellt werden können,

h) Geldmarktinstrumente erworben, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente bereits Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt, sie werden

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert oder

- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den Buchstaben a), b) oder c) dieses Artikels bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder

- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

### 3. Wobei jedoch

a) bis zu 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in andere als die unter Nr. 2 dieses Artikels genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente angelegt werden dürfen;

b) Optionsscheine im Sinne des Artikels 4 Nr.1 b) bb), die als Wertpapiere gelten, nur in geringem Umfang erworben werden dürfen;

c) bewegliches und unbewegliches Vermögen erworben werden darf, das für die unmittelbare Ausübung der Tätigkeit der Investmentgesellschaft unerlässlich ist.

### 4. Techniken und Instrumente

a) Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen darf im Rahmen der Bedingungen und Einschränkungen, wie sie von der Luxemburger Aufsichtsbehörde vorgegeben werden, Techniken und Instrumente, die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente zum Gegenstand haben, verwenden, sofern diese Verwendung im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung des jeweiligen Teilfondsvermögens erfolgt. Beziehen sich diese Transaktionen auf die Verwendung von Derivaten, so müssen die Bedingungen und Grenzen mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 übereinstimmen.

Darüber hinaus ist es dem jeweiligen Netto-Teilfondsvermögen nicht gestattet, bei der Verwendung von Techniken und Instrumenten von den im Verkaufsprospekt (nebst Anhang) und der Satzung der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagezielen abzuweichen.

b) Die Investmentgesellschaft hat sicherzustellen, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko den Gesamtnetowert ihrer Portfolios nicht überschreitet.

Bei der Berechnung des Risikos werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige Marktfluktuationen und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. Dies gilt auch für die beiden nachfolgenden Absätze.

Die Netto-Teilfondsvermögen dürfen als Teil ihrer Anlagepolitik und im Rahmen der Grenzen des Artikel 43 (5) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 Anlagen in Derivate tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen des Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht überschreitet. Investiert der jeweilige Teilfonds in indexbasierte Derivate, so werden diese Anlagen bei den Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht berücksichtigt.

Wenn ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften von Artikel 42 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 mit berücksichtigt werden.

### c) Wertpapierleihe

Der jeweilige Teilfonds darf bis zu 50% der in seinem Vermögen gehaltenen Wertpapiere im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems, das durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein erstklassiges Finanzinstitut organisiert wird, das auf diese Geschäftsart spezialisiert ist, bis zu dreißig Tagen verleihen, vorausgesetzt er erhält eine Sicherheit, deren Wert zum Zeitpunkt des Abschlusses des Leihvertrages mindestens dem Wert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Sofern der Vertrag vorsieht, dass der jeweilige Teilfonds jederzeit von seinem Recht auf Kündigung und Herausgabe der verliehenen Wertpapiere Gebrauch machen kann, so können auch mehr als 50% der im jeweiligen Teilfondsvermögen gehaltenen Wertpapiere verliehen werden.

#### 5. Pensionsgeschäfte

Die Netto-Teilfondsvermögen dürfen an Pensionsgeschäften beteiligt werden, die in Käufen und Verkäufen von Wertpapieren bestehen, bei denen die Vereinbarungen dem Käufer das Recht oder die Pflicht einräumen, die verkauften Wertpapiere vom Erwerber zu einem Preis und innerhalb einer Frist zurückzukaufen, die zwischen den beiden Parteien bei Vertragsabschluss vereinbart wurde.

Die Teilfonds können bei Pensionsgeschäften entweder als Käufer oder als Verkäufer auftreten. Eine Beteiligung an solchen Geschäften unterliegt jedoch folgenden Richtlinien:

a) Wertpapiere über ein Pensionsgeschäft dürfen nur gekauft oder verkauft werden, wenn es sich bei der Gegenpartei um ein Finanzinstitut erster Ordnung handelt, das sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert hat.

b) Während der Laufzeit eines Pensionsgeschäfts dürfen die vertragsgegenständlichen Wertpapiere vor Ausübung des Rechts auf den Rückkauf dieser Wertpapiere oder vor Ablauf der Rückkauffrist nicht veräußert werden.

Es muss zusätzlich sichergestellt werden, dass der Umfang der Verpflichtungen bei Pensionsgeschäften so gestaltet ist, dass die Investmentgesellschaft für den betreffenden Teilfonds ihren Verpflichtungen zur Rücknahme von Aktien jederzeit nachkommen kann.

Werden die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen unbeabsichtigt oder in Folge der Ausübung von Bezugsrechten überschritten, so hat die Verwaltungsgesellschaft für die Investmentgesellschaft bei ihren Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung der Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre anzustreben.

Für die jeweiligen Teilfonds können geeignete Dispositionen getroffen und mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen aufgenommen werden, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Aktien der Teilfonds vertrieben werden sollen.

#### 6. Risikostreuung

a) Es dürfen maximal 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten angelegt werden. Jeder Teilfonds darf nicht mehr als 20% seines Vermögens in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung anlegen.

Das Ausfallrisiko bei Geschäften der Investmentgesellschaft bzw. ihrer Teilfonds mit OTC-Derivaten darf folgende Sätze nicht überschreiten:

- 10% des Netto-Teilfondsvermögens, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut im Sinne von Artikel 41 (1) f) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 ist und

- 5% des Netto-Teilfondsvermögens in allen anderen Fällen.

b) Der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von Emittenten, in deren Wertpapieren und Geldmarktinstrumente mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens angelegt werden, darf 40% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen. Diese Begrenzung findet keine Anwendung auf Einlagen und Geschäfte mit OTC-Derivaten, die mit Finanzinstituten getätigt werden, die einer Aufsicht unterliegen.

Ungeachtet der einzelnen Obergrenzen darf bei ein und derselben Einrichtung höchstens 20% des jeweiligen Teilfondsvermögens in einer Kombination aus

- von dieser Einrichtung begebenen Wertpapiere oder Geldmarktinstrumenten und/oder

- Einlagen bei dieser Einrichtung und/oder

- von dieser Einrichtung erworbenen OTC-Derivaten investiert werden.

c) Die unter Nr. 6 Buchstabe a), erster Satz dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Teilfondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat oder anderen internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten angehören begeben oder garantiert werden.

d) Die unter Nr. 6 Buchstabe a) erster Satz dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Teilfondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Schuldverschreibungen von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das seinen Sitz in einem Mitgliedstaat hat und kraft Gesetzes einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegt, durch die die Inhaber dieser Schuldverschreibungen geschützt werden sollen. Insbesondere müssen die Erlöse aus der Emission dieser Schuldverschreibungen nach dem Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen in ausreichendem Maße die sich daraus ergebenden Verpflichtungen abdecken und die mittels eines vorrangigen Sicherungsrechts im Falle

der Nichterfüllung durch den Emittenten für die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der laufenden Zinsen zur Verfügung stehen.

e) Sollten mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in von solchen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen angelegt werden, darf der Gesamtwert der Anlagen in solchen Schuldverschreibungen 80% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten.

f) Die unter Nr. 6 Buchstabe b) erster Satz dieses Artikels genannte Beschränkung des Gesamtwertes auf 40% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens findet in den Fällen des Buchstaben c), d) und e) keine Anwendung.

g) Die unter Nr. 6 Buchstabe a) bis e) dieses Artikels beschriebenen Anlagegrenzen von 10%, 35% bzw. 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens dürfen nicht kumulativ betrachtet werden, sondern es dürfen insgesamt nur maximal 35% des Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein und derselben Einrichtung oder in Einlagen oder Derivative bei dieser Einrichtung angelegt werden.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluss (ABl. L 193 vom 18. Juli 1983, S.1) oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in dieser Nr. 6 Buchstabe a) bis g) dieses Artikels vorgesehenen Anlagegrenzen als eine einzige Einrichtung anzusehen.

Der jeweilige Teilfonds darf kumulativ 20% seines Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente ein und derselben Unternehmensgruppe investieren.

h) Unbeschadet der in Artikel 48 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Anlagegrenzen können für den jeweiligen Teilfonds bis zu 20% seines Netto-Teilfondsvermögens in Aktien und Schuldtiteln ein und derselben Einrichtung investiert werden, wenn die Nachbildung eines von der Luxemburger Aufsichtsbehörde anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex das Ziel der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds ist. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass:

- die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist,
- der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht, und
- der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.

Die vorgenannte Anlagegrenze erhöht sich auf 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in den Fällen, in denen es aufgrund außergewöhnlicher Marktverhältnisse gerechtfertigt ist, insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Diese Anlagegrenze gilt nur für die Anlage bei einem einzigen Emittenten.

Ob von dieser Möglichkeit Gebrauch macht wird, findet für den jeweiligen Teilfonds in dem entsprechenden Anhang zum Verkaufsprospekt der Investmentgesellschaft Erwähnung.

i) Unbeschadet des unter Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 Gesagten, dürfen unter Wahrung des Grundsatzes der Risikostreuung, bis zu 100% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten angelegt werden, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem OECD-Mitgliedsstaat oder von internationalen Organismen, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören, ausgegeben werden oder garantiert sind. In jedem Fall müssen die im jeweiligen Teilfondsvermögen enthaltenen Wertpapiere aus sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei der Wert der Wertpapiere, die aus ein und derselben Emission stammen, 30% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten darf.

j) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Anteilen ein und desselben OGAW oder ein und desselben anderen OGA gemäß Artikel 41 (1) e) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 angelegt werden.

k) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 30% des Netto-Teilfondsvermögens in andere OGA als OGAW angelegt werden. In diesen Fällen müssen die Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 hinsichtlich der Vermögenswerte der OGAW bzw. OGA, von denen Anteile erworben werden, nicht gewahrt sein.

l) Werden Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger anderer OGA erworben, die unmittelbar oder aufgrund einer Übertragung von derselben Verwaltungsgesellschaft wie die Investmentgesellschaft (sofern benannt) und ihre Teilfonds oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der diese Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung mehr als 10% des Kapitals oder der Stimmen verbunden ist, so dürfen für die Zeichnung oder die Rücknahme von Anteilen dieser anderen OGAW und/oder OGA durch die Netto-Teilfondsvermögen keine Gebühren berechnet werden (inkl. Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen).

Generell kann es bei dem Erwerb von Anteilen an Zielfonds zu der Erhebung einer Verwaltungsvergütung auf Ebene des Zielfonds kommen, und es sind gegebenenfalls der jeweilige Ausgabeaufschlag bzw. eventuelle Rücknahmegebühren zu berücksichtigen. Die Investmentgesellschaft bzw. ihre Teilfonds werden dabei nicht in Zielfonds anlegen, die einer Verwaltungsvergütung von mehr als 3% unterliegen. Der Jahresbericht der Investmentgesellschaft wird betreffend den jeweiligen Teilfonds Informationen enthalten, wie hoch der Anteil der Verwaltungsvergütung maximal ist, welche der Teilfonds sowie die Zielfonds zu tragen haben.

m) Es ist nicht gestattet für die Investmentgesellschaft bzw. ihre Teilfonds, Aktien zu erwerben, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, die es ihr/ihnen ermöglicht, einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben.

n) Weiter können für die Investmentgesellschaft bzw. ihre Teilfonds

- bis zu 10% der stimmrechtslosen Aktien ein und desselben Emittenten,
- bis zu 10% der ausgegebenen Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten,
- nicht mehr als 25% der ausgegebenen Anteile ein und desselben OGAW und/oder OGA,
- nicht mehr als 10% der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten erworben werden.

o) Die unter Nr. 6 Buchstabe m) bis n) genannten Anlagegrenzen finden keine Anwendung soweit es sich um

- Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einem Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften, oder von einem Drittstaat begeben oder garantiert werden;

- Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einer internationalen Körperschaft öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, der ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören;

- Aktien handelt, die der jeweilige Teilfonds an dem Kapital einer Gesellschaft eines Drittstaates besitzt, die ihr Vermögen im wesentlichen in Wertpapieren von Emittenten anlegt, die in diesem Staat ansässig sind, wenn eine derartige Beteiligung für den jeweiligen Teilfonds aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, Anlagen in Wertpapieren von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Diese Ausnahmeregelung gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft des Staates außerhalb der Europäischen Union in ihrer Anlagepolitik die in Artikel 43, 46 und 48 (1) und (2) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Grenzen beachtet. Bei der Überschreitung der in den Artikeln 43 und 46 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 genannten Grenzen findet Artikel 49 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 sinngemäß Anwendung.

- Auf von einer oder von mehreren Investmentgesellschaften gehaltene Anteile am Kapital von Tochtergesellschaften, die im Niederlassungsstaat der Tochtergesellschaft lediglich und ausschließlich für diese Investmentgesellschaft oder -gesellschaften bestimmte Verwaltungs-, Beratungs- oder Vertriebstätigkeiten im Hinblick auf die Rücknahme von Anteilen auf Wunsch der Aktionäre ausüben.

#### 7. Flüssige Mittel

Ein Teil des Netto-Teilfondsvermögens darf in flüssigen Mitteln, die jedoch nur akzessorischen Charakter haben dürfen, gehalten werden.

#### 8. Kredite und Belastungsverbote

a) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Buchstaben b) oder um Sicherheitsleistungen zur Erfüllung von Einschuss- oder Nachschussverpflichtungen im Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit Finanzinstrumenten.

b) Kredite zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen nur kurzfristig und bis zu einer Höhe von 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden. Ausgenommen hiervon ist der Erwerb von Fremdwährungen durch «Back-to-Back»-Darlehen.

c) Zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden, wobei dies dem Erwerb von noch nicht voll eingezahlten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Finanzinstrumenten gemäß Artikel 41 Absatz 1) Buchstaben e), g) und h) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht entgegensteht.

d) Die Teilfonds dürfen Kredite bis zu 10% ihres jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufnehmen, sofern es sich um Kredite handelt, die den Erwerb von Immobilien ermöglichen sollen, die für die unmittelbare Ausübung ihrer Tätigkeit unerlässlich sind; in diesem Fall dürfen diese sowie die Kredite nach Buchstabe b) zusammen 15% des Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten.

#### 9. Weitere Anlagerichtlinien

a) Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.

b) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen oder Zertifikaten über solche Edelmetalle, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

c) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, die, zusammen mit den Krediten nach Nr. 8 Buchstabe b) dieses Artikels, 10% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens überschreiten.

10. Die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

## II. Dauer, Verschmelzung und Liquidation der Investmentgesellschaft

**Art. 5. Dauer der Investmentgesellschaft.** Die Investmentgesellschaft ist für eine unbestimmte Dauer gegründet.

**Art. 6. Die Verschmelzung der Investmentgesellschaft mit einem anderen Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW»).** Die Investmentgesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung mit einem anderen OGAW verschmolzen werden. Der Beschluss bedarf des Anwesenheitsquorums und der Mehrheit, wie sie im Gesetz vom 10. August 1915 für Satzungsänderungen vorgesehen sind. Der Beschluss der Generalversammlung zur Verschmelzung der Investmentgesellschaft wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht.

Die Aktionäre der einzubringenden Investmentgesellschaft haben während eines Monats das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Aktien zum einschlägigen Nettoinventarwert pro Aktie zu verlangen. Die Aktien der Aktionäre, welche die Rücknahme ihrer Aktien nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage des Nettoinventarwerts pro Aktie an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Aktien des aufnehmenden OGAW ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Aktionäre einen Spitzenausgleich.

#### **Art. 7. Die Liquidation der Investmentgesellschaft.**

1. Die Investmentgesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung jederzeit liquidiert werden. Dieser Beschluss ist unter Einhaltung der für Satzungsänderungen vorgeschriebenen Bestimmungen zu fassen, es sei denn diese Satzung, das Gesetz vom 10. August 1915 oder das Gesetz vom 20. Dezember 2002 verzichten auf die Einhaltung dieser Bestimmungen.

Sinkt jedoch das Vermögen der Investmentgesellschaft unter zwei Drittel des Mindestkapitals, ist der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft verpflichtet, eine Generalversammlung einzuberufen und dieser die Frage nach der Liquidation der Investmentgesellschaft zu unterbreiten. Die Liquidation wird mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden bzw. vertretenden Aktien beschlossen.

Sinkt das Vermögen der Investmentgesellschaft unter ein Viertel des Mindestkapitals, muss der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft ebenfalls eine Generalversammlung einberufen und dieser die Frage nach der Liquidation der Investmentgesellschaft unterbreiten. Die Liquidation wird in einem solchen Fall mit einer Mehrheit von 25% der in der Generalversammlung anwesenden bzw. vertretenden Aktien beschlossen.

Die Einberufungen zu den vorgenannten Generalversammlungen erfolgen jeweils innerhalb von 40 Tagen nach Feststellung des Umstandes, dass das Vermögen der Investmentgesellschaft unter zwei Drittel bzw. unter ein Viertel des Mindestkapitals gesunken ist.

Der Beschluss der Generalversammlung zur Liquidation der Investmentgesellschaft wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht.

2. Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des Verwaltungsrates wird die Investmentgesellschaft mit dem Datum der Beschlussfassung über die Liquidation bis zur Durchführung des Liquidationsbeschlusses keine Aktien der Investmentgesellschaft mehr ausgeben, zurücknehmen oder umtauschen.

3. Nettoliquidationserlöse, deren Auszahlung nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Aktionären geltend gemacht wurden, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Aktionäre bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

### **III. Die Teilfonds, Dauer, Verschmelzung und Liquidation eines oder mehrerer Teilfonds**

#### **Art. 8. Die Teilfonds.**

1. Die Investmentgesellschaft besteht aus einem oder mehreren Teilfonds. Der Verwaltungsrat kann jederzeit beschließen, weitere Teilfonds aufzulegen. In diesem Fall wird der Verkaufsprospekt entsprechend angepasst.

2. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Aktionäre untereinander als eigenständiges Vermögen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre eines Teilfonds sind von denen der Aktionäre der anderen Teilfonds getrennt. Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte der einzelnen Teilfonds lediglich für Verbindlichkeiten, die von den betreffenden Teilfonds eingegangen werden.

**Art. 9. Dauer der einzelnen Teilfonds.** Die Teilfonds können auf bestimmte oder unbestimmte Zeit errichtet werden. Die Dauer eines Teilfonds ergibt sich für den jeweiligen Teilfonds aus dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt.

#### **Art. 10. Die Verschmelzung eines oder mehrerer Teilfonds.**

1. Verschmelzung eines Teilfonds der Investmentgesellschaft durch Einbringung in einen anderen Teilfonds der Investmentgesellschaft oder in einen anderen Luxemburger OGAW bzw. einen Teilfonds eines anderen Luxemburger OGAW.

Ein Teilfonds der Investmentgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft durch Einbringung in einen anderen Teilfonds der Investmentgesellschaft oder einen anderen Luxemburger OGAW bzw. einen Teilfonds eines anderen Luxemburger OGAW verschmolzen werden. Die Verschmelzung kann insbesondere in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Die Investmentgesellschaft hat diesen Betrag mit 5 Mio. Euro festgesetzt.

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Teilfonds zu verwalten.



Der Beschluss des Verwaltungsrates zur Verschmelzung wird jeweils in einer vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Aktien des einzubringenden Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

Unbeschadet des vorhergehenden Absatzes sind die von der Verschmelzung betroffenen Aktionäre, die mit der Verschmelzung nicht einverstanden sind, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Mitteilung an die Aktionäre über die Verschmelzung, berechtigt, ihre Aktien kostenfrei zurückzugeben. Aktionäre, die von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht haben, sind an den vom Verwaltungsrat gefassten Beschluss über die Verschmelzung gebunden.

Darüber hinaus gilt in den Fällen, in denen ein Teilfonds mit einem Teilfonds eines fonds commun de placement verschmolzen wird, dass dieser Beschluss nur die Aktionäre verpflichten darf, die sich zugunsten der Einbringung ausgesprochen haben.

2. Verschmelzung eines Teilfonds der Investmentgesellschaft durch Einbringung in einen anderen ausländischen OGAW bzw. einen Teilfonds eines anderen ausländischen OGAW.

Die Einbringung eines Teilfonds der Investmentgesellschaft in einen ausländischen OGAW bzw. einen Teilfonds eines anderen ausländischen OGAW ist nur mit der einstimmigen Billigung aller Aktionäre des betroffenen Teilfonds möglich, es sei denn, es werden nur die Aktionäre, die sich für die Einbringung ausgesprochen haben, übertragen.

Verschmelzungsbeschlüsse bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde.

Für die Verschmelzung von Aktienklassen gilt das vorstehend Gesagte analog.

#### **Art. 11. Die Liquidation eines oder mehrerer Teilfonds.**

1. Ein Teilfonds der Investmentgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft insbesondere in den folgenden Fällen liquidiert werden:

- sofern das Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Die Investmentgesellschaft hat diesen Betrag mit 5 Mio. Euro festgesetzt;

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Teilfonds zu verwalten.

Der Liquidationsbeschluss des Verwaltungsrates ist im Einklang mit den Bestimmungen für die Veröffentlichung der Mitteilungen an die Aktionäre und in Form einer solchen zu veröffentlichen. Der Liquidationsbeschluss bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde.

Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des Verwaltungsrates wird die Investmentgesellschaft mit dem Datum der Beschlussfassung über die Liquidation bis zur Durchführung des Liquidationsbeschlusses keine Aktien in Bezug auf den zu liquidierenden Teilfonds mehr ausgeben, zurücknehmen oder umtauschen.

2. Nettoliquidationserlöse, die nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Aktionären geltend gemacht wurden, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Aktionäre bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

### **IV. Gesellschaftskapital und Aktien**

**Art. 12. Gesellschaftskapital.** Das Gesellschaftskapital der Investmentgesellschaft entspricht zu jedem Zeitpunkt der Summe der Netto-Teilfondsvermögen aller Teilfonds der Investmentgesellschaft («Netto-Gesellschaftsvermögen») gemäß Artikel 14 Nr. 4 dieser Satzung und wird durch volleinbezahlte Aktien ohne Nennwert repräsentiert.

Das Anfangskapital der Investmentgesellschaft beträgt bei Gründung 31.000,- Euro, dem 310 Aktien ohne Nennwert gegenüberstanden.

Das Mindestkapital der Investmentgesellschaft entspricht gemäß Luxemburger Gesetz dem Gegenwert von 1.250.000,- Euro und muss innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Zulassung der Investmentgesellschaft durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde erreicht werden. Hierfür ist auf das Netto-Gesellschaftsvermögen abzustellen.

#### **Art. 13. Aktien.**

1. Aktien sind Aktien an dem jeweiligen Teilfonds. Sie werden durch Aktienzertifikate verbrieft. Die Aktienzertifikate werden in der durch die Investmentgesellschaft bestimmten Stückelung ausgegeben. Inhaberaktien werden nur als ganze Aktien ausgegeben. Die Investmentgesellschaft kann die Verbrieftung in Globalurkunden vorsehen. Namensaktien werden bis auf drei Dezimalstellen ausgegeben. Namensaktien werden von der Register- und Transferstelle in das für die Investmentgesellschaft geführte Aktienregister eingetragen. In diesem Zusammenhang werden den Aktionären Bestätigungen betreffend die Eintragung in das Aktienregister an die im Aktienregister angegebene Adresse zugesandt. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht weder bei der Ausgabe von Inhaberaktien noch bei der Ausgabe von Namensaktien. Die Arten der Aktien werden für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.

2. Zum Zwecke der problemlosen Übertragbarkeit wird die Girosammelverwahrbarkeit der Aktien beantragt.

3. Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Investmentgesellschaft an die Aktionäre können an die Anschrift gesandt werden, die in das Aktienregister eingetragen wurde. Falls ein Aktionär eine solche Anschrift nicht mitteilt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass eine entsprechende Notiz in das Aktienregister eingetragen wird. In diesem Falle wird der Aktionär solange behandelt als befände sich seine Anschrift am Sitz der Investmentgesellschaft bis der Aktionär

der Investmentgesellschaft eine andere Anschrift mitteilt. Der Aktionär kann zu jeder Zeit seine in dem Aktienregister eingetragene Anschrift, durch schriftliche Mitteilung an die Register- und Transferstelle an deren Gesellschaftssitz oder an eine vom Verwaltungsrat bestimmte Anschrift korrigieren.

4. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, jederzeit eine unbegrenzte Anzahl voll einbezahlter Aktien auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären ein Vorrecht zur Zeichnung neu auszugebender Aktien einzuräumen.

5. Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder einem Verwaltungsratsmitglied und einem rechtmäßig vom Verwaltungsrat dazu ermächtigten Bevollmächtigten unterzeichnet.

Unterschriften des Verwaltungsrates können entweder von Hand, in gedruckter Form oder mittels eines Namensstempels geleistet werden. Die Unterschrift eines Bevollmächtigten ist handschriftlich zu leisten.

6. Alle Aktien an einem Teilfonds haben grundsätzlich die gleichen Rechte, es sei denn der Verwaltungsrat beschließt, gemäß der nachfolgenden Ziffer dieses Artikels, innerhalb eines Teilfonds verschiedene Aktienklassen auszugeben.

7. Der Verwaltungsrat kann beschließen, innerhalb eines Teilfonds von Zeit zu Zeit zwei oder mehrere Aktienklassen vorzusehen. Die Aktienklassen können sich in ihren Merkmalen und Rechten nach der Art der Verwendung ihrer Erträge, nach der Gebührenstruktur oder anderen spezifischen Merkmalen und Rechten unterscheiden. Alle Aktien sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Aktienklasse beteiligt. Sofern für die jeweiligen Teilfonds Aktienklassen gebildet werden, findet dies unter Angabe der spezifischen Merkmale oder Rechte im entsprechenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

#### **Art. 14. Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie.**

1. Das Netto-Gesellschaftsvermögen der Investmentgesellschaft lautet auf Euro (EUR) («Referenzwährung»).

2. Der Wert einer Aktie («Nettoinventarwert pro Aktie») lautet auf die im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt angegebene Währung («Teilfondswährung»).

3. Der Nettoinventarwert pro Aktie wird von der Investmentgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Depotbank an jedem Bewertungstag berechnet. Der Verwaltungsrat kann für einzelne Teilfonds eine abweichende Regelung treffen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Netto-Inventarwert pro Aktie mindestens zweimal im Monat zu berechnen ist.

4. Zur Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie wird der Wert der zu dem jeweiligen Teilfonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des jeweiligen Teilfonds («Netto-Teilfondsvermögen») an jedem im jeweiligen Anhang angegebenen Tag («Bewertungstag») ermittelt und durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Aktien des jeweiligen Teilfonds geteilt. Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch beschließen, den Anteilwert am 24. und 31. Dezember eines Jahres zu ermitteln, ohne dass es sich bei diesen Wertermittlungen um Berechnungen des Anteilwertes an einem Bewertungstag im Sinne des vorstehenden Satz 1 dieser Ziffer 4 handelt. Folglich können die Aktionäre keine Ausgabe, Rücknahme und/oder Umtausch von Aktien auf Grundlage eines am 24. Dezember und/oder 31. Dezember eines Jahres ermittelten Nettoinventarwertes pro Aktie verlangen.

5. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen dieser Satzung Auskunft über die Situation des Netto-Gesellschaftsvermögens gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Wird ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen amtlich notiert, ist der zuletzt verfügbare Kurs jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.

b) Wertpapiere, die nicht an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, die aber an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Investmentgesellschaft nach Treu und Glauben für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c) OTC-Derivate werden auf einer von der Investmentgesellschaft festzulegenden und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis bewertet.

d) OGAW bzw. OGA werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren, Bewertungsregeln festlegt.

e) Falls die jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind und falls für andere als die unter Buchstabe a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt wurden, werden diese Wertpapiere, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Investmentgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt.

f) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

g) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die jeweilige Teilfondswährung lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die entsprechende Teilfondswährung umgerechnet. Gewinne und Verluste aus Devisentransaktionen, werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird um die Ausschüttungen reduziert, die gegebenenfalls an die Aktionäre des betreffenden Teilfonds gezahlt wurden.

6. Die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie erfolgt nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jeden Teilfonds separat. Soweit jedoch innerhalb eines Teilfonds Aktienklassen gebildet wurden, erfolgt die daraus resultierende Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie innerhalb des betreffenden Teilfonds nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jede Aktienklasse getrennt. Die Zusammenstellung und Zuordnung der Aktiva erfolgt immer pro Teilfonds.

#### **Art. 15. Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie.**

1. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre gerechtfertigt ist, insbesondere:

a) während der Zeit, in der eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an/auf welcher(m) ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte notiert oder gehandelt werden, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden Markt ausgesetzt bzw. eingeschränkt wurde;

b) in Notlagen, wenn die Investmentgesellschaft über Teilfondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie ordnungsgemäß durchzuführen.

Die zeitweilige Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie innerhalb eines Teilfonds führt nicht zur zeitweiligen Einstellung hinsichtlich anderer Teilfonds, die von dem betreffenden Ereignis nicht berührt sind.

2. Aktionäre, welche einen Rücknahmeauftrag bzw. einen Umtauschantrag gestellt haben, werden von einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie unverzüglich benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt. Während die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie eingestellt ist, werden Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge nicht ausgeführt.

3. Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge können im Falle einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie vom Aktionär bis zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie widerrufen werden.

#### **Art. 16. Ausgabe von Aktien.**

1. Aktien werden jeweils am Erstaussgabetag eines Teilfonds bzw. innerhalb der Erstaussgabeperiode eines Teilfonds, zu einem bestimmten Erstaussgabepreis (zuzüglich Ausgabeaufschlag zugunsten der Vertriebsstelle) ausgegeben, so wie für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt beschrieben. Im Anschluss an diesen Erstaussgabetag bzw. an diese Erstaussgabeperiode werden Aktien an jedem Bewertungstag zum Ausgabepreis ausgegeben. Ausgabepreis ist der Nettoinventarwert pro Aktie gemäß Artikel 14 Nr. 4 der Satzung, zuzüglich eines Ausgabeaufschlages zugunsten der Vertriebsstelle, dessen maximale Höhe für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt ist. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

2. Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensaktien können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Zeichnungsanträge an die Register- und Transferstelle verpflichtet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Register- und Transferstelle («maßgebliche Stelle»). Diese nimmt die Zeichnungsanträge im Auftrag der Investmentgesellschaft an.

Zeichnungsanträge für den Erwerb von Inhaberaktien werden von der Stelle, bei der der Antragsteller sein Depot unterhält, an die Depotbank weitergeleitet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Depotbank («maßgebliche Stelle»).

Vollständige Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensaktien, welche bis zu dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt an einem Bewertungstag bei der maßgeblichen Stelle eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht. Die Investmentgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Ausgabe von Aktien auf der Grundlage eines dem Antragsteller vorher unbekanntes Nettoinventarwertes pro Aktie abgerechnet wird. Sollte dennoch der Verdacht bestehen, dass ein Antragsteller Late-Trading betreibt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Annahme des Zeichnungsantrages solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Zeichnungsantrag ausgeräumt hat. Vollständige Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensaktien, welche nach dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt an einem Bewertungstag bei der maßgeblichen Stelle eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Namensaktien zur Verfügung steht.

Sollte der Gegenwert der gezeichneten Aktien zum Zeitpunkt des Eingangs des vollständigen Zeichnungsantrages bei der Register- und Transferstelle nicht zur Verfügung stehen oder der Zeichnungsantrag fehlerhaft oder unvollständig sein, wird der Zeichnungsantrag als mit dem Datum bei der Register- und Transferstelle eingegangen betrachtet, an dem der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht bzw. der Zeichnungsantrag ordnungsgemäß vorliegt.

Inhaberaktien werden bei Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Investmentgesellschaft von der Depotbank übertragen, indem sie der Stelle gutgeschrieben werden, bei der der Zeichner sein Depot unterhält.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von der im jeweiligen Anhang des Teilfonds angegebenen Anzahl von Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung bei der Depotbank in Luxemburg zahlbar.

Ein Zeichnungsantrag für den Erwerb von Namensaktien ist dann vollständig, wenn er den Namen, den Vornamen und die Anschrift, das Geburtsdatum und den Geburtsort, den Beruf und die Staatsangehörigkeit des Aktionärs, die Anzahl der auszugebenden Aktien bzw. den zu investierenden Betrag, sowie den Namen des Teilfonds angibt und wenn er von dem entsprechenden Aktionär unterschrieben ist. Darüber hinaus muss die Art und Nummer sowie die ausstellende Behörde des amtlichen Ausweises, den der Aktionär zur Identifizierung vorgelegt hat, auf dem Zeichnungsschein vermerkt sein sowie eine Aussage darüber, ob der Aktionär ein öffentliches Amt bekleidet. Die Richtigkeit der Angaben ist von der entgegennehmenden Stelle auf dem Zeichnungsantrag zu bestätigen.

Des Weiteren erfordert die Vollständigkeit eine Aussage darüber, dass der/die Aktionär (-e) wirtschaftliche Berechtigte (-r) der zu investierenden und auszugebenden Aktien sind; die Bestätigung des Aktionärs/der Aktionäre, dass es sich bei den zu investierenden Geldern nicht um Erträge aus einer/mehreren strafbaren Handlung/-en handelt, sowie eine Kopie des zur Identifizierung vorgelegten amtlichen Personalausweises oder Reisepasses. Diese Kopie ist mit einem Vermerk: «Wir bestätigen, dass die in dem amtlichen Ausweispapier ausgewiesene Person in Person identifiziert wurde und die vorliegende Kopie des amtlichen Ausweisepapiers mit dem Original übereinstimmt.» zu versehen.

4. Im Falle von Sparplänen wird höchstens ein Drittel von jeder der für das erste Jahr vereinbarten Zahlungen für die Deckung von Kosten verwendet und die restlichen Kosten auf alle späteren Zahlungen gleichmäßig verteilt.

#### **Art. 17. Beschränkung und Einstellung der Ausgabe von Aktien.**

1. Die Investmentgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen ohne Angabe von Gründen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Aktien zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Aktien einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurücknehmen, wenn dies im Interesse der Aktionäre, im öffentlichen Interesse, zum Schutz der Investmentgesellschaft bzw. des jeweiligen Teilfonds oder der Aktionäre erforderlich erscheint.

2. In diesem Fall wird die Register- und Transferstelle, betreffend Namensaktien, und die Depotbank, betreffend Inhaberaktien, auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen ohne Zinsen unverzüglich zurückstatten.

3. Die Ausgabe von Aktien wird insbesondere dann zeitweilig eingestellt, wenn die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie eingestellt wird.

4. Des Weiteren kann der Verwaltungsrat den Besitz von Aktien durch jede Person, die in den Vereinigten Staaten von Amerika («USA») steuerpflichtig ist einschränken oder verbieten.

Als in den USA steuerpflichtige natürliche Personen werden bspw. diejenigen betrachtet, die,

- a) in den USA oder einem ihrer Territorien bzw. Hoheitsgebiete geboren wurden,
- b) eingebürgerte Staatsangehörige sind (bzw. Green Card Holder),
- c) im Ausland als Kind eines Staatsangehörigen der USA geboren wurden,
- d) ohne Staatsangehöriger der USA zu sein, sich überwiegend in den USA aufhalten, oder
- e) mit einem Staatsangehörigen der USA verheiratet sind.

Als in den USA steuerpflichtige juristische Personen werden bspw. betrachtet

- a) Gesellschaften und Kapitalgesellschaften, die unter den Gesetzen eines der 50 US- Bundesstaaten oder des District of Columbia gegründet wurden,
- b) eine Gesellschaft oder Personengesellschaft, die unter einem «Act of Congress» gegründet wurde, oder
- c) ein Pensionsfund, der als US-Trust gegründet wurde.

#### **Art. 18. Rücknahme und Umtausch von Aktien.**

1. Die Aktionäre sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Aktien zum Nettoinventarwert pro Aktie gemäß Artikel 14 Nr. 4 der Satzung, gegebenenfalls abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages («Rücknahmepreis») zu beantragen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Sollte ein Rücknahmeabschlag erhoben werden, so ist dessen maximale Höhe für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.

Der Rücknahmepreis kann sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen vermindern. Mit Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt die entsprechende Aktie.

2. Die Auszahlung des Rücknahmepreises sowie etwaige sonstige Zahlungen an die Aktionäre erfolgen über die Depotbank sowie über die Zahlstellen. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Die Investmentgesellschaft kann Aktien einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse oder zum Schutz der Aktionäre, der Investmentgesellschaft oder eines oder mehrerer Teilfonds erforderlich erscheint.

3. Der Umtausch sämtlicher Aktien oder eines Teils der Aktien von einem Teilfonds in Aktien eines anderen Teilfonds erfolgt auf der Grundlage des maßgeblichen Nettoinventarwertes pro Aktie der betreffenden Teilfonds unter Berücksichtigung einer etwaigen Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstelle, deren Höhe in den Anhängen zu den einzelnen Teilfonds benannt wird und mindestens in der Höhe der Differenz des Ausgabeaufschlags des Teilfonds der umzutauschenden Aktien zu dem Ausgabeaufschlag des Teilfonds in welchen ein Umtausch erfolgt, erhoben wird. Falls ein Umtausch von Aktien für bestimmte Teilfonds nicht möglich sein soll oder für den Fall, dass keine Umtauschprovision erhoben wird, wird dies für den betroffenen Teilfonds in dem jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt erwähnt.

Sofern unterschiedliche Aktienklassen angeboten werden kann auch ein Umtausch von Aktien einer Aktienklasse in Aktien einer anderen Aktienklasse, sowohl innerhalb ein und desselben Teilfonds als auch von einem Teilfonds in einen anderen Teilfonds erfolgen. Für den Fall, dass ein Umtausch innerhalb ein und desselben Teilfonds erfolgt, wird keine Umtauschprovision erhoben.

Die Investmentgesellschaft kann für den jeweiligen Teilfonds jederzeit einen Umtauschantrag zurückweisen, wenn dies im Interesse der Investmentgesellschaft bzw. des Teilfonds oder im Interesse der Aktionäre geboten erscheint.

4. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Namensaktien können bei der Investmentgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle und den Zahlstellen eingereicht werden.

Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge an die Register- und Transferstelle verpflichtet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Register- und Transferstelle.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Inhaberaktien werden durch die Stelle, bei der der Aktionär sein Depot unterhält, an die Depotbank weitergeleitet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Depotbank.

Ein Rücknahmeauftrag bzw. ein Umtauschantrag für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Namensaktien ist dann vollständig, wenn er den Namen und die Anschrift des Aktionärs sowie die Anzahl bzw. den Gegenwert der zurückzugebenden oder umzutauschenden Aktien und den Namen des Teilfonds angibt, und wenn er von dem entsprechenden Aktionär unterschrieben ist.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche bis zu dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt an einem Bewertungstag eingegangen sind, werden zum Nettoinventarwert pro Aktie des darauf folgenden Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages bzw. unter Berücksichtigung der Umtauschprovision, abgerechnet. Die Investmentgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Rücknahme bzw. der Umtausch von Aktien auf der Grundlage eines dem Aktionär vorher unbekanntes Nettoinventarwertes pro Aktie abgerechnet wird. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche nach einem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt an einem Bewertungstag eingegangen sind, werden zum Nettoinventarwert pro Aktie des übernächsten Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages bzw. unter Berücksichtigung der Umtauschprovision, abgerechnet.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von der im jeweiligen Anhang des Teilfonds angegebenen Anzahl von Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung. Im Fall von Namensaktien erfolgt die Auszahlung auf ein vom Aktionär anzugebendes Konto.

Sich aus dem Umtausch von Inhaberaktien ergebende Spitzenbeträge werden von der Depotbank in bar ausgeglichen.

5. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, die Rücknahme bzw. den Umtausch von Aktien wegen einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes zeitweilig einzustellen.

6. Die Investmentgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank unter Wahrung der Interessen der Aktionäre berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme zum dann geltenden Rücknahmepreis. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Aktien. Die Investmentgesellschaft achtet aber darauf, dass dem jeweiligen Teilfondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme bzw. der Umtausch von Aktien auf Antrag von Aktionären unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

## V. Generalversammlung

**Art. 19. Rechte der Generalversammlung.** Die ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung vertritt alle Aktionäre der Investmentgesellschaft. Sie hat die weitesten Befugnisse, um alle Handlungen der Investmentgesellschaft anzuordnen oder zu bestätigen. Ihre Beschlüsse sind bindend für alle Aktionäre, sofern diese Beschlüsse in Übereinstimmung mit dem Luxemburger Gesetz und dieser Satzung stehen, insbesondere sofern sie nicht in die Rechte der getrennten Versammlungen der Aktionäre einer bestimmten Aktienklasse oder eines bestimmten Teilfonds eingreifen.

### Art. 20. Einberufung.

1. Die jährliche Generalversammlung wird gemäß dem Luxemburger Gesetz in Luxemburg, am Gesellschaftssitz oder an jedem anderen Ort der Gemeinde, in der sich der Gesellschaftssitz befindet, der in der Einberufung festgelegt wird, am 2. Mittwoch im Mai eines jeden Jahres um 11.00 Uhr und zum ersten Mal im Jahre 2009 abgehalten. Falls dieser Tag ein Bankfeiertag in Luxemburg ist, wird die jährliche Generalversammlung am ersten nachfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg abgehalten.

Die jährliche Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, wenn der Verwaltungsrat nach seinem Ermessen feststellt, dass außergewöhnliche Umstände dies erfordern. Eine derartige Entscheidung des Verwaltungsrates ist unanfechtbar.

2. Die Aktionäre kommen außerdem aufgrund einer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Einberufung des Verwaltungsrates zusammen. Sie kann auch auf Antrag von Aktionären, welche mindestens ein Fünftel des Vermögens der Investmentgesellschaft repräsentieren, zusammentreten.

3. Die Tagesordnung wird vom Verwaltungsrat vorbereitet, außer in den Fällen, in denen die Generalversammlung auf schriftlichen Antrag der Aktionäre zusammentritt; in solchen Fällen kann der Verwaltungsrat eine zusätzliche Tagesordnung vorbereiten.

4. Außerordentliche Generalversammlungen können zu der Zeit und an dem Orte abgehalten werden, wie es in der Einberufung zur jeweiligen außerordentlichen Generalversammlung angegeben ist.

5. Die oben unter 2. bis 4. aufgeführten Regeln gelten entsprechend für getrennte Generalversammlungen einer oder mehrerer Teilfonds oder Aktienklassen.

**Art. 21. Beschlussfähigkeit und Abstimmung.** Grundsätzlich ist jeder Aktionär an den Generalversammlungen teilnahmeberechtigt. Jeder Aktionär kann sich vertreten lassen, indem er eine andere Person schriftlich als seinen Bevollmächtigten bestimmt.

An für einzelne Teilfonds oder Aktienklassen stattfindenden Generalversammlungen, die ausschließlich die jeweiligen Teilfonds oder Aktienklassen betreffende Beschlüsse fassen können, dürfen nur diejenigen Aktionäre teilnehmen, die Aktien der entsprechenden Teilfonds oder Aktienklassen halten.

Die Vollmachten, deren Form vom Verwaltungsrat festgelegt werden kann, müssen mindestens fünf Tage vor der Generalversammlung am Gesellschaftssitz hinterlegt werden.

Alle anwesenden Aktionäre und Bevollmächtigte müssen sich vor Eintritt in die Generalversammlungen in die vom Verwaltungsrat aufgestellte Anwesenheitsliste einschreiben.

Die Generalversammlung entscheidet über alle im Gesetz vom 10. August 1915 sowie im Gesetz vom 20. Dezember 2002, vorgesehenen Angelegenheiten, und zwar in den Formen, mit dem Quorum und den Mehrheiten die von den vorgenannten Gesetzen vorgesehen sind. Sofern die vorgenannten Gesetze oder die vorliegende Satzung nichts Gegenteiliges anordnen, werden die Entscheidungen der ordnungsgemäß einberufenen Generalversammlung durch einfache Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Aktionäre gefasst.

Jede Aktie gibt das Recht auf eine Stimme. Aktienbruchteile sind nicht stimmberechtigt.

Bei Fragen, welche die Investmentgesellschaft als Ganzes betreffen, stimmen die Aktionäre gemeinsam ab. Eine getrennte Abstimmung erfolgt jedoch bei Fragen, die nur einen oder mehrere Teilfonds oder eine oder mehrere Aktienklasse(n) betreffen.

**Art. 22. Vorsitzender, Stimmzähler, Sekretär.**

1. Die Generalversammlung tritt unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder, im Falle seiner Abwesenheit, unter dem Vorsitz eines von der Generalversammlung gewählten Vorsitzenden zusammen.

2. Der Vorsitzende bestimmt einen Sekretär, der nicht notwendigerweise Aktionär sein muss, und die Generalversammlung ernennt unter den anwesenden und dies annehmenden Aktionären oder den Vertretern der Aktionäre einen Stimmzähler.

3. Die Protokolle der Generalversammlung werden von dem Vorsitzenden, dem Stimmzähler und dem Sekretär der jeweiligen Generalversammlung und den Aktionären, die dies verlangen, unterschrieben.

4. Abschriften und Auszüge, die von der Investmentgesellschaft zu erstellen sind, werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben.

## VI. Verwaltungsrat

**Art. 23. Zusammensetzung.**

1. Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Generalversammlung bestimmt werden und die nicht Aktionäre der Investmentgesellschaft sein müssen.

Auf der Generalversammlung kann ein neues Mitglied, das dem Verwaltungsrat bislang nicht angehört hat, nur dann zum Verwaltungsratsmitglied gewählt werden, wenn

a) diese betreffende Person vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen wird oder

b) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, dem Vorsitzenden - oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied - schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als dreißig Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht unterbreitet, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

2. Die Generalversammlung bestimmt die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie die Dauer ihrer Mandate. Eine Mandatsperiode darf die Dauer von sechs Jahren nicht überschreiten. Ein Verwaltungsratsmitglied kann wieder gewählt werden.

3. Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so können die verbleibenden von der Generalversammlung ernannten Mitglieder des Verwaltungsrates bis zur nächstfolgenden Generalversammlung einen vorläufigen Nachfolger bestimmen. Der so bestimmte Nachfolger führt die Amtszeit seines Vorgängers zu Ende.

4. Die Verwaltungsratsmitglieder können jederzeit von der Generalversammlung aberufen werden.

**Art. 24. Befugnisse.** Der Verwaltungsrat hat die Befugnis, alle Geschäfte zu tätigen und alle Handlungen vorzunehmen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sind. Er ist zuständig für alle Angelegenheiten der Investmentgesellschaft, soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 10. August 1915 oder nach dieser Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind.

Der Verwaltungsrat hat darüber hinaus die Befugnis Interimdividenden auszuschütten.

**Art. 25. Interne Organisation des Verwaltungsrates.** Der Verwaltungsrat ernennt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden.

Der Verwaltungsratsvorsitzende steht den Sitzungen des Verwaltungsrates vor; in seiner Abwesenheit bestimmt der Verwaltungsrat ein anderes Verwaltungsratsmitglied als Sitzungsvorsitzenden.

Der Vorsitzende kann einen Sekretär ernennen, der nicht notwendigerweise Mitglied des Verwaltungsrates zu sein braucht und der die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates und der Generalversammlung zu erstellen hat.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, eine Verwaltungsgesellschaft, einen Fondsmanager, Anlageberater sowie Anlagenausschüsse für die jeweiligen Teilfonds zu ernennen und deren Befugnisse festzulegen.

**Art. 26. Häufigkeit und Einberufung.** Der Verwaltungsrat tritt, auf Einberufung des Vorsitzenden oder zweier Verwaltungsratsmitglieder an dem in der Einladung angegebenen Ort, so oft zusammen, wie es die Interessen der Investmentgesellschaft erfordern, mindestens jedoch einmal im Jahr.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden mindestens 48 (achtundvierzig) Stunden vor der Sitzung des Verwaltungsrates schriftlich, mittels Brief, Telefax oder E-Mail, einberufen, es sei denn die Wahrung der vorgenannten Frist ist aufgrund von Dringlichkeit unmöglich. In diesen Fällen sind Art und Gründe der Dringlichkeit im Einberufungsschreiben anzugeben.

Ein Einberufungsschreiben ist, sofern jedes Verwaltungsratsmitglied entweder bei Anwesenheit in der Sitzung keine Einwände gegen die Form der Einladung erhoben oder sein Einverständnis schriftlich, mittels Brief, Telefax oder E-Mail, gegeben hat, nicht erforderlich. Einwände gegen die Form der Einberufung können bei Anwesenheit nur in der Sitzung selbst erhoben werden.

Eine gesonderte Einberufung ist nicht erforderlich, wenn eine Sitzung des Verwaltungsrates zu einem Termin und an einem Ort stattfindet, die in einem im Voraus vom Verwaltungsrat gefassten Beschluss festgelegt sind.

**Art. 27. Sitzungen des Verwaltungsrates.** Jedes Verwaltungsratsmitglied kann an jeder Sitzung des Verwaltungsrates teilhaben, auch indem es schriftlich, mittels Brief oder Telefax ein anderes Verwaltungsratsmitglied als seinen Bevollmächtigten ernennt.

Darüber hinaus kann jedes Verwaltungsratsmitglied an einer Sitzung des Verwaltungsrates im Wege einer telefonischen Konferenzschaltung oder durch ähnliche Kommunikationsmittel, welche ermöglichen, dass sämtliche Teilnehmer an der Sitzung des Verwaltungsrates einander hören können, teilnehmen. Diese Art der Teilnahme steht einer persönlichen Teilnahme an dieser Sitzung des Verwaltungsrates gleich.

Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder bei der Sitzung des Verwaltungsrates zugegen oder vertreten ist. Die Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden bzw. vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Sitzungsvorsitzenden ausschlaggebend.

Die Verwaltungsratsmitglieder können, mit Ausnahme von im Umlaufverfahren gefassten Beschlüssen, wie nachfolgend beschrieben, nur im Rahmen von Sitzungen des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft, die ordnungsgemäß einberufen worden sind, Beschlüsse fassen.

Die Verwaltungsratsmitglieder können einstimmig Beschlüsse im Umlaufverfahren fassen. In diesem Falle sind die von allen Verwaltungsratsmitgliedern unterschriebenen Beschlüsse gleichermaßen gültig und vollzugsfähig wie solche, die während einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates gefasst wurden. Diese Unterschriften können auf einem einzigen Dokument oder auf mehreren Kopien desselben Dokumentes gemacht werden und können mittels Brief oder Telefax eingeholt werden.

Der Verwaltungsrat kann seine Befugnisse und Pflichten der täglichen Verwaltung an juristische oder natürliche Personen, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sein müssen, delegieren und diesen für ihre Tätigkeiten Gebühren und Provisionen zahlen, die im einzelnen in Artikel 38 beschrieben sind.

**Art. 28. Protokolle.** Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden in Protokollen festgehalten, die in ein diesbezügliches Register eingetragen und vom Sitzungsvorsitzenden und vom Sekretär unterschrieben werden.

Abschriften und Auszüge dieser Protokolle werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben.

**Art. 29. Zeichnungsbefugnis.** Die Investmentgesellschaft wird durch die Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern rechtlich gebunden. Der Verwaltungsrat kann ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglied(er) ermächtigen, die Investmentgesellschaft durch Einzelunterschrift zu vertreten. Daneben kann der Verwaltungsrat andere juristische oder natürliche Personen ermächtigen, die Investmentgesellschaft entweder durch Einzelunterschrift oder gemeinsam mit einem Verwaltungsratsmitglied oder einer anderen vom Verwaltungsrat bevollmächtigten juristischen oder natürlichen Person rechtsgültig zu vertreten.

**Art. 30. Unvereinbarkeitsbestimmungen.** Kein Vertrag, kein Vergleich oder sonstiges Rechtsgeschäft, das die Investmentgesellschaft mit anderen Gesellschaften schließt, wird durch die Tatsache beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder Bevollmächtigte der Investmentgesellschaft irgendwelche Interessen in oder Beteiligungen an irgendeiner anderen Gesellschaft haben, oder durch die Tatsache, dass sie Verwaltungsratsmitglied, Teilhaber, Direktor, Geschäftsführer, Bevollmächtigter oder Angestellter der anderen Gesellschaft sind.

Dieses(r) Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Geschäftsführer oder Bevollmächtigter der Investmentgesellschaft, welches(r) zugleich Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Geschäftsführer Bevollmächtigter oder Angestellter einer anderen Gesellschaft ist, mit der die Investmentgesellschaft Verträge abgeschlossen hat oder mit der sie in einer anderen Weise in geschäftlichen Beziehungen steht, wird dadurch nicht das Recht verlieren, zu beraten, abzustimmen und zu handeln, was die Angelegenheiten, die mit einem solchen Vertrag oder solchen Geschäften in Verbindung stehen, anbetrifft.

Falls aber ein Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Bevollmächtigter ein persönliches Interesse in irgendeiner Angelegenheit der Investmentgesellschaft hat, muss dieses Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Bevollmächtigter der Investmentgesellschaft den Verwaltungsrat über dieses persönliche Interesse informieren, und er wird weder mitberaten noch am Votum über diese Angelegenheit teilnehmen. Ein Bericht über diese Angelegenheit und über das persönliche Interesse des Verwaltungsratsmitgliedes, Direktors oder Bevollmächtigten muss bei der nächsten Generalversammlung erstattet werden.

Der Begriff «persönliches Interesse», wie er im vorstehenden Absatz verwendet wird, findet keine Anwendung auf jedwede Beziehung und jedwedes Interesse, die nur deshalb entstehen, weil das Rechtsgeschäft zwischen der Investmentgesellschaft einerseits und dem Fondsmanager, der Zentralverwaltungsstelle, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle (bzw. ein mit diesen mittelbar oder unmittelbar verbundenes Unternehmen) oder jeder anderen von der Investmentgesellschaft benannten Gesellschaft andererseits geschlossen wird.

Die vorhergehenden Bestimmungen sind in Fällen, in denen die Depotbank Partei eines solchen Vertrages, Vergleiches oder sonstigen Rechtsgeschäftes ist, nicht anwendbar.

**Art. 31. Schadloshaltung.** Die Investmentgesellschaft verpflichtet sich, jedes(n) der Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten, ihre Erben, Testamentsvollstrecker und Verwalter schadlos zu halten gegen alle Klagen, Forderungen und Haftungen irgendwelcher Art, sofern die Betroffenen ihre Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt haben, und diese für sämtliche Kosten, Ausgaben und Verbindlichkeiten, die anlässlich solcher Klagen, Verfahren, Forderungen und Haftungen entstanden sind, zu entschädigen.

Das Recht auf Entschädigung schließt andere Rechte zugunsten des Verwaltungsratsmitgliedes, Direktors, Geschäftsführers oder Bevollmächtigten nicht aus.

**Art. 32. Verwaltungsgesellschaft.** Der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft kann unter eigener Verantwortung eine Verwaltungsgesellschaft mit der Anlageverwaltung, der Administration sowie dem Vertrieb der Aktien der Investmentgesellschaft betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist für die Verwaltung und Geschäftsführung der Investmentgesellschaft verantwortlich. Sie darf für Rechnung der Investmentgesellschaft alle Geschäftsführungs- und Verwaltungsmaßnahmen und alle unmittelbar oder mittelbar mit dem Vermögen der Investmentgesellschaft bzw. den Teilfondsvermögen verbundenen Rechte ausüben, insbesondere ihre Aufgaben an qualifizierte Dritte ganz oder teilweise übertragen; sie kann sich ferner unter eigener Verantwortung und auf eigne Kosten von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern und/oder einem Anlageausschuss, beraten lassen.

Die Verwaltungsgesellschaft erfüllt ihre Verpflichtungen mit der Sorgfalt eines entgeltlich Bevollmächtigten (mandataire salarié).

Sofern die Verwaltungsgesellschaft die Anlageverwaltung auf einen Dritten auslagert, so darf nur ein Unternehmen benannt werden, das für die Ausübung der Vermögensverwaltung zugelassen oder eingetragen ist und einer Aufsicht unterliegt.

Die Anlageentscheidung, die Ordererteilung und die Auswahl der Broker sind ausschließlich der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, sofern kein Fondsmanager mit der Anlagenverwaltung beauftragt wurde.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, unter Wahrung ihrer eigenen Verantwortung und Kontrolle einen Dritten zur Ordererteilung zu bevollmächtigen.



Die Übertragung der Aufgaben darf die Wirksamkeit der Beaufsichtigung durch die Verwaltungsgesellschaft in keiner Weise beeinträchtigen. Insbesondere darf die Verwaltungsgesellschaft durch die Übertragung der Aufgaben nicht daran gehindert werden, im Interesse der Aktionäre zu handeln und dafür zu sorgen, dass die Investmentgesellschaft im besten Interesse der Aktionäre verwaltet wird.

**Art. 33. Fondsmanager.** Sofern die Investmentgesellschaft von Artikel 32 Absatz 1 Gebrauch gemacht und die Verwaltungsgesellschaft anschließend die Anlageverwaltung auf einen Dritten ausgelagert hat, besteht die Aufgabe eines solchen Fondsmanagers insbesondere in der täglichen Umsetzung der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfondsvermögens, in der Führung der Tagesgeschäfte der Vermögensverwaltung sowie in anderen damit verbundenen Dienstleistungen, jeweils unter der Aufsicht, Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des jeweiligen Teilfonds, wie sie in dem Verkaufsprospekt (nebst Anhang) der Investmentgesellschaft beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Der Fondsmanager muss über eine Zulassung zur Vermögensverwaltung verfügen und einer Aufsicht in seinem Sitzstaat unterliegen.

Der Fondsmanager ist befugt, Makler sowie Broker zur Abwicklung von Transaktionen in den Vermögenswerten der Investmentgesellschaft bzw. ihrer Teilfonds auszuwählen. Die Anlageentscheidung und die Ordererteilung obliegen dem Fondsmanager.

Der Fondsmanager hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen.

Es ist dem Fondsmanager gestattet, seine Aufgaben mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise an Dritte, deren Vergütung ganz zu seinen Lasten geht, auszulagern.

Der Fondsmanager trägt alle Aufwendungen, die ihm in Verbindung mit den von ihm für die Investmentgesellschaft geleisteten Dienstleistungen entstehen. Maklerprovisionen, Transaktionsgebühren und andere im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten anfallende Geschäftskosten werden von dem jeweiligen Teilfonds getragen.

## VII. Wirtschaftsprüfer

**Art. 34. Wirtschaftsprüfer.** Die Kontrolle der Jahresberichte der Investmentgesellschaft ist einer Wirtschaftsprüfergesellschaft bzw. einem oder mehreren Wirtschaftsprüfer(n) zu übertragen, die im Großherzogtum Luxemburg zugelassen ist/sind und von der Generalversammlung ernannt wird/werden.

Der/die Wirtschaftsprüfer ist/sind für eine Dauer von bis zu sechs Jahren ernannt und kann/können jederzeit von der Generalversammlung abberufen werden.

## VIII. Allgemeines und Schlussbestimmungen

### Art. 35. Verwendung der Erträge.

1. Der Verwaltungsrat kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Aktionäre dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren. Dies findet für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zu dem Verkaufsprospekt Erwähnung.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne, sonstige Aktiva sowie, in Ausnahmefällen, auch Kapitalanteile zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Gesellschaftsvermögen aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 12 dieser Satzung sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Aktien ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisaktien vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausgezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

4. Ausschüttungen an Inhaber von Namensaktien erfolgen grundsätzlich durch die Reinvestition des Ausschüttungsbetrages zu Gunsten des Inhabers von Namensaktien. Sofern dies nicht gewünscht ist, kann der Inhaber von Namensaktien innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Mitteilung über die Ausschüttung bei der Register- und Transferstelle die Auszahlung auf das von ihm angegebene Konto beantragen. Ausschüttungen an Inhaber von Inhaberaktien erfolgen in der gleichen Weise wie die Auszahlung des Rücknahmepreises an die Inhaber von Inhaberaktien.

Sofern effektive Stücke ausgegeben wurden, erfolgt die Auszahlung der Ausschüttungen gegen Vorlage des jeweiligen Ertragsscheins bei den von der Investmentgesellschaft benannten Zahlstellen.

5. Ausschüttungen, die erklärt, aber nicht auf eine ausschüttende Inhaberaktie ausgezahlt wurden, insbesondere wenn, im Zusammenhang mit effektiven Stücken, kein Ertragsschein vorgelegt wurde, können nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab der erfolgten Zahlungserklärung, vom Aktionär einer solchen Aktie nicht mehr eingefordert werden und werden dem jeweiligen Teilfondsvermögen der Investmentgesellschaft gutgeschrieben und, sofern Aktienklassen gebildet wurden, der jeweiligen Aktienklasse zugerechnet. Auf erklärte Ausschüttungen werden vom Zeitpunkt Ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

**Art. 36. Berichte.** Der Verwaltungsrat erstellt für die Investmentgesellschaft einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Großherzogtum Luxemburg.

1. Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht der Verwaltungsrat einen geprüften Jahresbericht entsprechend den Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

2. Zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht der Verwaltungsrat einen ungeprüften Halbjahresbericht.

3. Sofern dies für die Berechtigung zum Vertrieb in anderen Ländern erforderlich ist, können zusätzlich geprüfte und ungeprüfte Zwischenberichte erstellt werden.

**Art. 37. Kosten.** Der jeweilige Teilfonds trägt die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

1. Sofern eine Verwaltungsgesellschaft bestellt wird, kann diese aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine (fixe und/oder erfolgsabhängige) Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer Mehrwertsteuer.

2. Dem jeweiligen Teilfondsvermögen wird mittelbar eine Verwaltungsvergütung für die in ihm enthaltenen Zielfonds berechnet.

Soweit die Teilfonds jedoch Anteile eines Zielfonds erwerben,

a) der von einer Gesellschaft verwaltet wird, die mit der Investmentgesellschaft oder der Verwaltungsgesellschaft der Investmentgesellschaft (sofern ernannt) durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, oder

b) dessen Fondsmanager auch für die Investmentgesellschaft und ihre Teilfonds die Funktion des Fondsmanagers wahrnimmt, oder

c) der von einer Gesellschaft verwaltet wird, bei der ein oder mehrere Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. des Verwaltungsrates gleichzeitig Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. des Verwaltungsrates (i) der Investmentgesellschaft, (ii) der Verwaltungsgesellschaft (sofern ernannt) oder (iii) einer anderen Gesellschaft, die mit der Investmentgesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft (sofern ernannt) oder dem Fondsmanager der Investmentgesellschaft (sofern ernannt) verbunden ist,

dürfen dem jeweiligen Teilfondsvermögen keine Ausgabeaufschläge, Rücknahmeabschläge sowie Verwaltungsvergütungen für diese Zielfonds berechnet werden.

Leistungsbezogene Vergütung und Gebühren für das Fondsmanagement sowie für die Anlageberatung fallen ebenfalls unter den Begriff der «Verwaltungsvergütung» in vorbenanntem Zusammenhang und sind deshalb mit einzubeziehen. Bei der Verwaltungsvergütung kann das dadurch erreicht werden, dass der Fondsmanager (sofern ernannt) seine Vergütung für den auf Anteile an solchen verbundenen Zielfonds entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Zielfonds berechnete Verwaltungsvergütung verkürzt.

3. Sofern ein Fondsmanager vertraglich verpflichtet wurde, kann dieser aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine (fixe und/oder erfolgsabhängige) Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

4. Die Depotbank sowie die Zentralverwaltungs-, Register- und Transferstelle erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben eine in Luxemburg marktübliche Vergütung. Die Höhe, Berechnung und Auszahlung ist im betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt. Diese Vergütungen verstehen sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

5. Sofern eine Vertriebsstelle vertraglich verpflichtet wurde, kann diese aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

6. Der jeweilige Teilfonds trägt neben den vorgenannten Kosten, die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

a) Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallen, insbesondere bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten der Investmentgesellschaft bzw. eines Teilfonds und deren Verwahrung, die banküblichen Kosten für die Verwahrung von ausländischen Investmentanteilen im Ausland;

b) alle fremden Verwaltungs- und Verwahrungsgebühren, die von anderen Korrespondenzbanken und/oder Clearingstellen (z.B. CLEARSTREAM BANKING S.A.) für die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in Rechnung gestellt werden, sowie alle fremden Abwicklungs-, Versand- und Versicherungsspesen, die im Zusammenhang mit den Wertpapiergeschäften des jeweiligen Teilfonds in Anteile anderer OGAW oder OGA anfallen;

c) die Transaktionskosten der Ausgabe und Rücknahme von Inhaberanteilen;

d) darüber hinaus werden der Depotbank, der Zentralverwaltungsstelle und der Register- und Transferstelle die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallenden eigenen Auslagen und sonstigen Kosten sowie die durch die erforderliche Inanspruchnahme Dritter entstehenden Auslagen und sonstigen Kosten erstattet;

e) Steuern, die auf das Vermögen der Investmentgesellschaft bzw. Teilfondsvermögen, deren Einkommen und die Auslagen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden;

f) Kosten für die Rechtsberatung, die der Investmentgesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft (sofern ernannt) oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Aktionäre des jeweiligen Teilfonds handelt;

g) Kosten des Wirtschaftsprüfers der Investmentgesellschaft;

h) Kosten für die Erstellung, Vorbereitung, Hinterlegung, Veröffentlichung, den Druck und den Versand sämtlicher Dokumente für die Investmentgesellschaft, insbesondere etwaiger Anteilzertifikate sowie Ertragsschein- und Bogenerneuerungen, des vereinfachten Verkaufsprospektes, des Verkaufsprospektes (nebst Anhang), der Jahres- und Halbjahresberichte, der Vermögensaufstellungen, der Mitteilungen an die Aktionäre, der Einberufungen, der Vertriebsanzeigen bzw. Anträge auf Bewilligung in den Ländern in denen die Aktien der Investmentgesellschaft bzw. eines Teilfonds vertrieben werden sollen, die Korrespondenz mit den betroffenen Aufsichtsbehörden;

i) Die Verwaltungsgebühren, die für die Investmentgesellschaft bzw. einen Teilfonds bei sämtlichen betroffenen Behörden zu entrichten sind, insbesondere die Verwaltungsgebühren der Luxemburger Aufsichtsbehörde und anderer Aufsichtsbehörden sowie die Gebühren für die Hinterlegung der Dokumente der Investmentgesellschaft;

j) Kosten, im Zusammenhang mit einer etwaigen Börsenzulassung;

k) Kosten für die Werbung und solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Aktien anfallen;

l) Versicherungskosten;

m) Vergütungen, Auslagen und sonstige Kosten ausländischer Vertriebsstellen, sowie anderer im Ausland notwendig einzurichtender Stellen, die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallen;

n) Zinsen, die im Rahmen von Krediten anfallen, die gemäß Artikel 4 der Satzung aufgenommen werden;

o) Auslagen eines etwaigen Anlageausschusses;

p) Auslagen des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft;

q) Kosten für die Gründung der Investmentgesellschaft bzw. einzelner Teilfonds und die Erstausgabe von Aktien;

r) Weitere Kosten der Verwaltung einschließlich Kosten für Interessenverbände;

s) Kosten für Performance-Attribution;

t) Kosten für die Bonitätsbeurteilung der Investmentgesellschaft bzw. der Teilfonds durch national und international anerkannte Rating Agenturen.

Sämtliche Kosten werden zunächst den ordentlichen Erträgen und den Kapitalgewinnen und zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

Die Kosten für die Gründung der Investmentgesellschaft und die Erstausgabe von Aktien werden zu Lasten des Vermögens der bei Gründung bestehenden Teilfonds über die ersten fünf Geschäftsjahre abgeschrieben werden. Die Aufteilung der Gründungskosten sowie der o.g. Kosten, welche nicht ausschließlich im Zusammenhang mit einem bestimmten Teilfondsvermögen stehen, erfolgt pro rata auf die jeweiligen Teilfondsvermögen. Kosten, die im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds entstehen, werden zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens, dem sie zuzurechnen sind, innerhalb einer Periode von längstens fünf Jahren nach Auflegung abgeschrieben.

Sämtliche vorbezeichneten Kosten, Gebühren und Ausgaben verstehen sich zuzüglich einer gegebenenfalls anfallenden Mehrwertsteuer.

**Art. 38. Geschäftsjahr.** Das Geschäftsjahr der Investmentgesellschaft beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Das erste Geschäftsjahr endet mit dem 31. Dezember 2008.

#### **Art. 39. Depotbank.**

1. Die Investmentgesellschaft hat eine Bank mit Sitz im Großherzogtum Luxemburg als Depotbank bestellt. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz vom 20. Dezember 2002, dem Depotbankvertrag, dieser Satzung sowie dem Verkaufsprospekt (nebst Anhang).

2. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, im eigenen Namen Ansprüche der Aktionäre gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Aktionäre nicht aus.

**Art. 40. Satzungsänderung.** Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre geändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die in dem Gesetz vom 10. August 1915 vorgesehenen Vorschriften für Satzungsänderungen eingehalten werden.

**Art. 41. Allgemeines.** Für alle Punkte, die in dieser Satzung nicht geregelt sind, wird auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 sowie auf das Gesetz vom 20. Dezember 2002 verwiesen.

#### *Zeichnung des Gründungskapitals*

Das Gründungskapital wird wie folgt gezeichnet:

1) DZ BANK INTERNATIONAL S.A., zeichnet dreihundert zehn (Stücke 310) Aktien zum Gegenwert von einunddreißigtausend (Euro 31.000,-).

Damit beträgt das Gründungskapital insgesamt einunddreißigtausend Euro (Euro 31.000,-). Die Einzahlung des gesamten Gründungskapitals wurde dem unterzeichneten Notar ordnungsgemäß nachgewiesen.

#### Erklärung

Der amtierende Notar erklärt, dass die in Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind, und bescheinigt dies ausdrücklich.

#### Gründungsversammlung der Investmentgesellschaft

Oben angeführte Gründungsgesellschafter, welche das gesamte gezeichnete Gründungskapital vertreten, haben unverzüglich eine Gesellschafterversammlung, zu der sie sich als rechtens einberufen bekennen, abgehalten und folgende Beschlüsse gefasst:

I. Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates werden ernannt:

- Herr Stefan Schneider, Geschäftsführer, IPConcept FONDSMANAGEMENT S.A., geboren am 26. April 1967 in Ehringshausen, beruflich ansässig in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg,
- Herr Nikolaus Rummler, Abteilungsdirektor, DZ BANK INTERNATIONAL S.A., geboren am 5. Oktober 1962 in Saarburg, beruflich ansässig in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg-Strassen,
- Herr Dr. Wolfgang Kuhn, Mitglied des Vorstands SÜDWESTBANK AG, geboren am 29. Oktober 1956 in Biberach an der Riß, beruflich ansässig in Rotebühlstrasse 125, D-70178 Stuttgart,
- Herr Thomas Fetscher, Direktor SÜDWESTBANK AG, geboren am 24. Februar 1967 in Stuttgart, beruflich ansässig in Rotebühlstrasse 125, D- 70187 Stuttgart.

Die Mandate der Verwaltungsratsmitglieder enden mit der ordentlichen Gesellschafterversammlung des Jahres 2009.

II. Sitz der Investmentgesellschaft ist 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg-Strassen.

III. Die erste ordentliche Gesellschafterversammlung wird im Jahre 2009 stattfinden.

IV. Zum Wirtschaftsprüfer wird ernannt: KPMG AUDIT, 31, allée Scheffer, Luxemburg.

Das Mandat des Wirtschaftsprüfers endet mit der ordentlichen Gesellschafterversammlung des Jahres 2009.

Worüber Urkunde, aufgenommen wurde in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung des Vorstehenden an die Erschienenen, welche dem unterzeichneten Notar dem Namen, Zivilstand und Wohnort nach bekannt sind, haben dieselben die gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: D. Hirschmann, A. Holtz.

Enregistré à Wiltz, le 7 novembre 2007, WIL/2007/977. — Reçu 1.250 euros.

Le Receveur (signé): J. Pletschette.

Für gleichlautende Ausfertigung, der Gesellschaft auf Begehrt, auf stempelfreiem Papier erteilt zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Wiltz, den 12. November 2007.

A. Holtz.

Référence de publication: 2007132143/2724/1060.

(070157575) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 2007.

#### **Tradetex Holding S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1528 Luxembourg, 13, boulevard de la Foire.

R.C.S. Luxembourg B 14.619.

#### *Liquidation judiciaire*

Par jugement rendu en date du 12 novembre 2007, le Tribunal d'Arrondissement de et à Luxembourg, dix-huitième chambre, siégeant en matière commerciale, a ordonné en vertu de l'article 203 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, tel qu'il a été modifié par la loi du 31 mai 1999, la dissolution et la liquidation de la société suivante:

- TRADETEX HOLDING S.A., avec siège social à L-1528 Luxembourg, 13, boulevard de la Foire.

Le même jugement a nommé juge-commissaire Madame Claudine De La Hamette premier juge au Tribunal d'Arrondissement de et à Luxembourg, et liquidateur, Maître Noémie Debout, avocat, demeurant à L-2449 Luxembourg, 5, boulevard Royal.

Il ordonne aux créanciers de faire la déclaration de leurs créances avant le 3 décembre 2007 au greffe du Tribunal de commerce de et à Luxembourg.

Pour extrait conforme  
N. Debout  
*Le liquidateur*

Référence de publication: 2007130090/8298/22.

Enregistré à Luxembourg, le 13 novembre 2007, réf. LSO-CK02903. - Reçu 89 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

(070154998) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2007.

---

**Les Bains de Mer Sàrl, Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1320 Luxembourg, 30, rue de Cessange.

R.C.S. Luxembourg B 58.842.

---

*Liquidation judiciaire*

Par jugement rendu en date du 12 novembre 2007, le Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, siégeant en matière commerciale, a ordonné en vertu de l'article 203 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, la dissolution et la liquidation de la société suivante:

- LES BAINS DE MER S.à r.l., avec siège social à L-1320 Luxembourg, 30, rue de Cessange, de fait inconnue à cette adresse,

Le même jugement a nommé juge-commissaire Madame Claudine De La Hamette, juge, et liquidateur Maître Sophie Steichen, avocat, demeurant à Luxembourg.

Ils ordonnent aux créanciers de faire la déclaration de leurs créances avant le 3 décembre 2007 au greffe de la sixième chambre de ce Tribunal.

Pour extrait conforme

S. Steichen

*Le liquidateur*

Référence de publication: 2007130091/8296/22.

Enregistré à Luxembourg, le 13 novembre 2007, réf. LSO-CK02855. - Reçu 89 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

(070155011) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2007.

---

**International Consulting Services S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1650 Luxembourg, 36, avenue Guillaume.

R.C.S. Luxembourg B 33.044.

---

*Liquidation judiciaire*

Par jugement rendu en date du 12 novembre 2007, le Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, siégeant en matière commerciale, a ordonné en vertu de l'article 203 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, la dissolution et la liquidation de la société suivante:

- INTERNATIONAL CONSULTING SERVICES S.à r.l., avec siège social à L-1650 Luxembourg, 36, avenue Guillaume, de fait inconnue à cette adresse,

Le même jugement a nommé juge-commissaire Madame Claudine De La Hamette, juge, et liquidateur Maître Sophie Steichen, avocat, demeurant à Luxembourg.

Ils ordonnent aux créanciers de faire la déclaration de leurs créances avant le 3 décembre 2007 au greffe de la sixième chambre de ce Tribunal.

Pour extrait conforme

S. Steichen

*Le liquidateur*

Référence de publication: 2007130092/8297/22.

Enregistré à Luxembourg, le 13 novembre 2007, réf. LSO-CK02853. - Reçu 89 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

(070155013) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2007.

---

**International Trade Consultants S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1449 Luxembourg, 18, rue de l'Eau.

R.C.S. Luxembourg B 28.334.

---

*Liquidation judiciaire*

Par jugement rendu en date du 12 novembre 2007, le Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, siégeant en matière commerciale, a ordonné en vertu de l'article 203 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, la dissolution et la liquidation de la société suivante:

- INTERNATIONAL TRADE CONSULTANTS S.à r.l., avec siège social à L-1449 Luxembourg, 18, rue de l'Eau, de fait inconnue à cette adresse,

Le même jugement a nommé juge-commissaire Madame Claudine De La Hamette, juge, et liquidateur Maître Sophie Steichen, avocat, demeurant à Luxembourg.

Ils ordonnent aux créanciers de faire la déclaration de leurs créances avant le 3 décembre 2007 au greffe de la sixième chambre de ce Tribunal.

Pour extrait conforme

S. Steichen

*Le liquidateur*

Référence de publication: 2007130094/8297/22.

Enregistré à Luxembourg, le 13 novembre 2007, réf. LSO-CK02852. - Reçu 89 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

(070155014) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2007.

**Gaynor Investments S.C.A. Sicar, Société en Commandite par Actions sous la forme d'une Société d'Investissement en Capital à Risque.**

Siège social: L-2163 Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R.C.S. Luxembourg B 133.373.

—  
STATUTES

In the year two thousand seven, on the seventh of November.

Before the undersigned Maître Joseph Elvinger, notary, residing at Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg.

There appeared:

GAYNOR MANAGEMENT S.à r.l., a private limited liability company incorporated and existing under the laws of Luxembourg, having its registered office at 23, avenue Monterey, L-2086 Luxembourg currently in the process of registration with the Trade and Companies Register of Luxembourg, incorporated by a notarial deed of the undersigned notary enacted on the 7th November 2007 not yet published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations,

here represented by Mr Harald Charbon, employee, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy given on 7th November 2007; and

GAYNOR INTERNATIONAL LIMITED, a limited company incorporated and existing under the laws of the British Virgin Islands, having its registered office at Suite 6, Mill Mall, Wickhams Cay I, Road Town, Tortola, BVI and registered with the Registrar of companies of The British Virgin Islands under the number IBC N ° 87091,

here represented by Mr Harald Charbon, employee, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy given on 29th October 2007.

The said proxies, after having been signed *ne varietur* by the appearing parties and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed for the purpose of registration.

Such appearing parties, represented as stated here-above, have requested the undersigned notary, to state as follows the articles of association of a partnership limited by shares (société en commandite par actions), which is hereby incorporated:

**Title I. Form, Name, Registered Office, Duration, Purpose**

**Art. 1. Name.** There is hereby established among GAYNOR MANAGEMENT S.à r.l., a «société à responsabilité limitée» governed by Luxembourg law, being the associé commandité (the «General Partner»), the other subscribers and all those who may become shareholders hereafter, being the associés commanditaires (the «Limited Partners»), a company in the form of a «société en commandite par actions» qualifying as a «société d'investissement en capital à risque» pursuant to the Luxembourg law of 15 June 2004 regarding the investment company in risk capital (SICAR) (hereafter the «SICAR Law») under the name of GAYNOR INVESTMENTS S.C.A. SICAR (hereafter the «SICAR»).

**Art. 2. Duration.** The Company is incorporated for an unlimited period of time.

**Art. 3. Purpose.** The purpose of the SICAR is to invest its funds in assets representing risk capital within the meaning of the SICAR Law in order to provide the Limited Partners and the General Partner with the benefit of the result of the management of its assets in consideration of the risk which they incur.

The SICAR may also invest its funds in any other assets permitted by the SICAR Law and consistent with its purpose.

Furthermore, the SICAR may take any measures and carry out any business transaction, which it may deem useful in the development and accomplishment of its purpose to the fullest extent permitted by the SICAR Law.

**Art. 4. Registered Office.** The registered office of the SICAR is established in Luxembourg-City, Grand Duchy of Luxembourg. The address of the registered office may be transferred within the municipality of Luxembourg by resolution of the General Partner.

In the event that the General Partner determines that extraordinary political, economic or social developments have occurred or are imminent that would interfere with the normal activities of the SICAR at its registered office, or with the ease of communication between such office and persons abroad, the address of the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the SICAR which, notwithstanding the temporary transfer of the address of its registered office, will remain a Luxembourg company.

Subsidiaries, branches or other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad by resolution of the General Partner.

**Art. 5. Liability.** The General Partner is jointly and severally liable for all liabilities that can not be met out of the assets of the SICAR.

The Limited Partners shall only be liable to the extent of their contributions to the SICAR and accordingly refrain from acting on behalf of the SICAR in any manner or capacity other than by exercising their rights as Shareholders in general meetings.

**Art. 6. Determination of the Objectives and Policies.** The General Partner shall determine the corporate and investment policy and the investment objectives and guidelines of the SICAR as well as the course of conduct of the management and the business affairs of the SICAR.

**Art. 7. Share Capital.** The capital of the SICAR shall be at any time equal to the net asset value of the SICAR and shall be divided into shares of no par value (the «Shares»).

The capital is denominated in Euro («EUR»). For the purpose of determining the capital of the SICAR, the value of the assets attributable to the SICAR shall, if not expressed in EUR, be converted into EUR.

The capital of the SICAR will be represented by the following two Share classes:

- the management shares held by the General Partner and subscribed by the General Partner upon constitution of the SICAR (the «Management Shares»);
- the ordinary shares subscribed by Limited Partners upon constitution of the SICAR or thereafter (the «Ordinary Shares»).

The General Partner may create additional Share classes in accordance with the provisions and subject to the requirements of the law of 10 August 1915 on commercial companies.

Shares may, as the General Partner shall determine, be of one or more different series, the features, terms and conditions of which shall be established by the General Partner.

The SICAR is constituted with a subscribed share capital of hundred euros (EUR 100,000.-) represented by two (2) Management Shares and eighteen (18) Ordinary Shares. These Shares are fully paid-up and issued upon incorporation.

The minimum subscribed share capital of the SICAR that must be achieved within twelve months of date on which the SICAR is authorised as «société d'investissement en capital à risque» is one million Euro (EUR 1,000,000.-).

The General Partner is authorized to issue at any time and in accordance with article 10 below an unlimited number of partly or fully paid-up Shares without reserving to existing Shareholders a preferential right to subscription of such Shares to be issued. No further Management Shares will be issued.

**Art. 8. Shares.** The Shares shall be issued in registered form. They may not be converted into bearer Shares.

The General Partner may at its discretion decide to issue fractions of Shares. Fractions of shares shall carry rights in proportion to the fraction of a Share they represent but shall carry no voting rights, except to the extent their number is so that they represent a whole Share, in which case they confer a voting right.

The registered Shares of the SICAR shall be entered in the register of Shareholders (the «Register»), which shall be kept by the SICAR or by another entity designated therefore by the SICAR; such Register shall contain the name of each Shareholder, his residence, registered office or elected domicile, the number and class of Shares and fractions held by him, the amount paid up on each such Share or fraction, the transfers and the respective dates thereof, the conversion of Shares and banking references.

Every Shareholder must provide the SICAR with an address to which all notices and other correspondence from the SICAR may be sent (the «Address»). Such Address will also be entered in the Register. In the event that a Shareholder does not provide such Address, the SICAR may permit a notice to this effect to be entered in the Register and the Shareholder's Address will be deemed to be at the registered office of the SICAR or such other address as may be determined by the SICAR from time to time, including any address appearing in the books of the SICAR, until another Address shall be provided to the SICAR by such Shareholder.

Until written notification to the contrary shall have been received by the SICAR at its registered office, or at such other address as may be determined by the SICAR from time to time, it may treat the information contained in the Register, including the indicated Address and banking references, as accurate and up to date.

The Shareholders will receive a confirmation of their registration in the Register. Except as otherwise decided by the General Partner no Share certificates are issued for registered Shares. If Share certificates are issued and a Shareholder desires that more than one Share certificate is issued for his Shares, the cost of such additional certificates may be charged to such Shareholder.

Each whole Share grants the right to one vote at every Shareholders meeting as well as, with respect to each class, at separate meetings of Shareholders of each Share class in compliance with Luxembourg law. Except as otherwise required by law, all Shares will vote as one class.

The SICAR recognizes only one single owner per Share and per fraction. If a Share or fraction is jointly owned or if the ownership of a Share or fraction is disputed, all persons claiming a right to such Share or fraction have to appoint one single attorney to represent such Share or fraction towards the SICAR. The failure to appoint such attorney implies a suspension of all rights attached to such Share or fraction.

**Art. 9. Replacement of Share certificates.** If any Shareholder can prove to the satisfaction of the SICAR that his Share certificate has been lost or destroyed, then, at his request, a duplicate Share certificate may be issued under such conditions and guarantees, including a bond delivered by an insurance company or an indemnity letter by a bank, but without restriction thereto, as the SICAR may determine. At the issuance of the new Share certificate, on which it shall be recorded that it is a duplicate, the original Share certificate in replacement of which the new one has been issued shall become void.

Mutilated Share certificates may be exchanged for new ones by order of the SICAR. The mutilated certificates shall be delivered to the SICAR and shall be cancelled immediately.

The SICAR may, at the discretion of the General Partner, charge the Shareholder for the costs of a duplicate or of a new Share certificate and all reasonable expenses undergone by the SICAR in connection with the issuance and registration thereof, or in connection with the cancellation of the old Share certificate.

**Art. 10. Issue of Shares.** The General Partner is authorised and instructed to determine the conditions of any issue of Shares. Share issues may be made subject to payment at the time of the issue of the Shares or upon acceptance of subscriptions commitments for Shares from investors on a cash and term basis.

The issue conditions of the Shares determined by the General Partner may include, without limitation, a minimum subscription amount, conditions for the drawdown of subscription commitments, the subscription price and conditions for the subsequent issue of Shares.

The General Partner may decide to issue Shares against contribution in kind. In such case, the assets contributed have to conform with the SICAR's purpose and investment policy and be valued in a report issued by the auditor of the SICAR, as required by Luxembourg law. Any expense in relation to a contribution in kind is to be borne by the contributing investor.

If a Shareholder who has committed to subscribe for Shares fails to honour its commitment through the payment in full of the amount due from time to time on the subscription price in accordance with the conditions and the timing determined by the General Partner, the General Partner has the authority to, at its discretion, revoke acceptance of a subscription, enforce the subscription and/or suspend the rights attached to the Shares previously subscribed and paid for by the defaulting Shareholder and to compulsorily redeem the relevant Shares in accordance with article 11 below.

**Art. 11. Eligible Investors.** Except for the Management Shares, Shares may only be held by well-informed investors within the meaning of article 2 of the SICAR Law («Well-informed Investors»).

As referred to Well-informed Investors:

- (i) institutional investors;
- (ii) professional investors; or

(iii) any person who (i) has declared in writing his adhesion to the status of Well-informed Investor, and (ii) invests a minimum of EUR 125,000.- in the SICAR, or (iii) has obtained a certificate from a credit establishment, another professional of the financial sector subject to rules of conduct within the meaning of article II of Directive 93/22/EEC or a management company within the meaning of Directive 2001/107/EC, evidencing his/her expertise, his/her experience and his/her knowledge to appraise in an appropriate manner an investment in risk capital.

In addition, the SICAR may, at the sole and absolute discretion of the General Partner, accept or reject any request for subscription of Shares.

Well-informed Investors and persons whose subscription requests have been accepted are collectively referred to herein as «Eligible Investors».

For the purpose hereof the General Partner may:

a) decline to issue any Share, decline to register any transfer of a Share or to accept any other disposal of a Share, where it appears to it that such issuance, transfer or other disposal would or might result in the holding of such Share by a person that is not an Eligible Investor;



b) at any time require any person whose name is entered in, or any person seeking to register the transfer of Shares or other disposal on, the Register, to furnish it with any information, supported by affidavit, which it may consider necessary for the purpose of determining whether or not the holding of the Shares concerned belongs or will belong to a person that is an Eligible Investor;

c) decline to accept the vote of any person that is not an Eligible Investor at any meeting of Shareholders of the SICAR;

d) where it appears to the General Partner that any person that is not an Eligible Investor or has lost the quality of an Eligible Investor, either alone or in conjunction with any other person, holds Shares, compulsory redeem (the «Compulsory Redemption») all or part of such Shares in the following manner:

(i) The SICAR shall serve a notice upon the Shareholder appearing in the Register as the holder of the Shares concerned, specifying the Shares to be redeemed, the redemption price to be paid for such Shares, and the place at which the redemption price in respect of such Shares is payable (the «Compulsory Redemption Notice»). Any such Compulsory Redemption Notice may be served upon such Shareholder in person or by registered mail to the Shareholder's Address. Immediately after the close of business (i.e. 5 p.m.) on the date specified in the Purchase Notice, such Shareholder shall cease to be the holder of the Shares specified in such Purchase Notice and his name shall be removed from the Register;

(ii) The redemption price at which the Shares specified in any Compulsory Redemption Notice shall be redeemed (the «Compulsory Redemption Price») shall be an amount equal to 75% of the per Share net asset value as at the Valuation Date specified in the Compulsory Redemption Notice net of the per Share income earned by the SICAR from the acquisition of the relevant Shares or the loss of the Eligible Investor quality up to the Valuation Date and less an amount, if any, equal to any duties and charges which will be incurred upon the disposal of the SICAR's investments as at the Valuation Date in order to make such redemption. The net asset value will be determined in accordance with the provisions of Article 16;

(iii) The Compulsory Redemption Price will be transferred to the previous Shareholder in EUR as soon as practicable without bearing interest and in accordance with article 15. Thereupon, no person interested in the Shares specified in such Compulsory Redemption Notice shall have any further interest in such Shares or any of them, or any claim against the SICAR or its assets in respect thereof, except for the right of the previous Shareholder to receive the Compulsory Redemption Price.

The exercise by the General Partner of the powers conferred to it by this article shall not be questioned or invalidated in any case on the grounds that there was insufficient evidence as the person invested in such Shares by any person or that the investor in any Shares was another person than appeared to the SICAR at the date of any Compulsory Redemption Notice, provided that in such case the said powers were exercised by the SICAR in good faith.

In addition to any liability under applicable law, each Shareholder who does not qualify as an Eligible Investor and who acquires an interest in the Shares of the SICAR, shall indemnify for, and hold free from, and harmless against, any liability and damage whatsoever directly or indirectly resulting from holding such interest in circumstances where the relevant Shareholder had furnished misleading, incomplete or incorrect information to the SICAR to wrongfully establish whether the investor is an Eligible Investor of the person invested in the SICAR or it was failed to notify the SICAR of the loss of such status the SICAR, the General Partner, the Limited Partners and their respective agents.

**Art. 12. Transfer of Shares.** Without prejudice to article 22 below, the Management Shares held by the General Partner may only be transferred, pledged or otherwise disposed of with the prior approval of the general meeting of Shareholders adopted with the quorum and majority requirements for the amendment of the articles of association and in accordance with any applicable law.

Ordinary Shares may be transferred, pledged or otherwise disposed of at any time provided (i) the transferee thereof fully and completely assumes in writing prior to the transfer all outstanding obligations of the person disposing of the Shares in relation to such Shares, (ii) the transferee thereof is an Eligible Investor, (iii) the transferor has obtained the prior approval of the General Partner, that may not unreasonably withheld, and (iv) the further conditions as may be determined by the General Partner from time to time are complied with.

Transfers of Shares shall be effected by entering the transfer in the Register upon delivery of a written declaration of transfer, dated and signed by the transferee and the transferor, or by persons holding suitable powers of attorney to act therefore along with other instruments of transfer satisfactory to the SICAR.

**Art. 13. Redemption of Shares.** No redemption may be requested unilaterally by the Shareholders.

Shares of the SICAR are redeemable by the SICAR at the entire discretion of the General Partner in the amount and under the conditions specified by the General Partner including the Valuation Date, the redemption price and the date on which such redemption will be effective (the «Redemption Date») in a redemption notice (the «Redemption Notice») served to the Shareholders. The redemption price will take into account the principles applicable to distributions.

Alternatively, the SICAR may at the entire discretion of the General Partner invite the Shareholders to redeem Shares up to the amount and under the conditions specified by the General Partner in a Redemption Notice served to the Shareholders. Upon receipt of such notice, Shareholders may ask for redemption of their Shares in accordance with the Redemption Notice. Applications for redemption received in excess of the amount to be redeemed will automatically be rejected. In this case, the SICAR shall serve a confirmation notice upon the Shareholders having submitted an application for redemption, specifying the number of Shares to be redeemed on the Redemption Date.

Redemptions of Shares shall normally be effected pro rata the respective number of Shares of the respective Share class held by each Shareholder or tendered for redemption by each Shareholder.

Immediately after the close of business (i.e. 5 p.m.) on the Redemption Date (and whether or not such Shareholder shall have specified a bank account) a Shareholder shall cease to be the owner of the Shares referred to in the Redemption Notice and his name shall be removed as the holder of such Shares from the Register. Any such person will cease to have any rights as a Shareholder in the SICAR with respect to the Shares so redeemed as from the close of business of the Redemption Date specified in the Redemption Notice referred to above.

The SICAR shall have the right, if the General Partner so determines, to satisfy payment of the redemption price to any Shareholder who agrees in kind by allocating to the Shareholder assets from the portfolio of investments of the SICAR equal to the value of the Shares to be redeemed. The nature and type of assets to be transferred in such case shall be determined by the General Partner on a fair and reasonable basis and without prejudicing the interests of the other Shareholders of the SICAR. At the entire discretion of the General Partner, the valuation used may be confirmed by a special report of the auditor of the SICAR. The costs of any such transfers shall be borne by the transferee.

**Art. 14. Distributions.** Distributions may be made at the discretion of the General Partner by way of reimbursements, dividends, interim dividends and allocation of liquidation proceeds, as the case may be. However, no distribution may be made if as a result the capital of the SICAR falls below the minimum prescribed by law.

After deduction of the SICAR's expense including any fees and such reserves, the General Partner shall deem necessary taking into account principles of prudence and sound management, the SICAR may carry out distributions to the Shareholders in proportion to the numbers of Shares held by each Shareholder concerned as follows:

- a) Firstly, hundred per cent (100%) of the distributable amounts will be allocated to the Shareholders until such distributions equal the total amount of their aggregate capital contributions concerning the outstanding shares of the SICAR;
- b) Secondly, hundred per cent (100%) of the distributable amounts will be allocated to the Shareholders of Ordinary Shares until these distributions equal a preferred return of five per cent (5%) per annum, on their aggregate capital contributions concerning the outstanding shares of the SICAR;
- c) Thirdly, five per cent (5%) of the distributable amounts will be allocated to the Shareholder of the Management Shares and ninety five per cent (95%) of the distributable amounts will be allocated to the Shareholders.

**Art. 15. Payments.** Any payment to a Shareholder will be made by wire transfer to the bank account specified at the time of subscription. If a bank account has not been specified, the SICAR may either deposit the amount payable on an account opened for such purpose or send a check for such amount to the Address of the Shareholder at the sole risk and costs of such Shareholder.

Upon payment or deposit of the amount due or the posting of a check as aforesaid, no person interested in the relevant Shares shall have any further interest in the relevant Shares or any of them, or any claim against the SICAR or its assets with respect to such payment.

**Art. 16. Determination of the Net Asset Value.** The net asset value of the SICAR is equal to the difference between the value of its assets and its liabilities. As the case may be, the same principles apply where different series of Shares are issued according to the provisions of the law of 10 August 1915 on commercial companies.

The net asset value of the SICAR shall be determined in EUR under the responsibility of the General Partner of the SICAR as of 31 December starting with 2007. At the discretion of the General Partner the net asset value may be calculated on any other date deemed useful by the General Partner, e.g. for the purpose of calculating the redemption price in connection with a compulsory redemption. Any such date is considered a Valuation Date.

The valuation of the assets and liabilities of the SICAR is based on the reasonably foreseeable sales price estimated by the General Partner in good faith and in accordance with the following rules:

- a) the value of any cash on hand or on deposit, bills and demand notes and accounts receivable, prepaid expenses, cash dividends and interest declared or accrued as aforesaid, and not yet received or paid shall be deemed to be the full amount thereof, unless it is unlikely to be received in which case the General Partner may apply the discount he considers appropriate in such case to reflect the true value thereof;
- b) securities and other values traded on a regulated or other organized market will be valued at their latest known bid price on the market which is normally the principal market for such securities;
- c) securities and any other values not traded on a regulated or other organized market, as well as such securities and values traded on a regulated or other organized market for which the price as determined pursuant to b) above is not representative of the fair value, will be determined on the basis of their acquisition price including all costs, fees and expenses connected with such acquisition, or, if such acquisition price is not representative, on the reasonably foreseeable sales price determined prudently and in good faith;
- d) investments in risk capital other than values referred to under c) above may be determined with the assistance of one or several independent values designated by the General Partner in accordance with the valuation guidelines issued by the European Venture Capital and Private Equity Association («EVCA Guidelines») and the standards applicable to such independent values; in doing so, various factors may be taken into consideration, including without limitation, the

acquisition prices for recently acquired investments, discounted cash flows or earnings of the investment or the underlying business or industry valuation benchmarks, geography, credit risk, foreign currency and exchange price, equity prices and volatility, events at the level of the underlying business (e.g. default on any obligation, major lawsuits, change of management or strategic direction or significant changes in market conditions) or impact of future changes in the structure of an investment as well as specific risks such as risk of illiquidity of investments, difficulties in arranging for financing of the underlying business or risks inherent in future cash flows. Regarding indirect real estate investments, the independent values shall take into consideration the 5th edition of the Appraisal and Valuation Standards published by the Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS).

The General Partner is authorised to apply any other alternative valuation principles if the aforementioned valuation principles appear inadequate in principle or inappropriate in extraordinary circumstances or upon the occurrence of extraordinary events, on a consistent basis in each case.

For the purpose of this article:

(i) Shares of the SICAR to be redeemed or to be reimbursed under these articles of association shall be treated as existing and taken into account until immediately after the close of business on the designated Valuation Date, and from such time and, until the payments on such Shares are made, shall be deemed to be a liability of the SICAR;

(ii) all investments, cash balances and other assets of the SICAR denominated otherwise than in EUR, shall be valued after taking into account the market rate or rates of exchange applicable at the date and time for determination of the net asset value of Shares;

(iii) effect shall be given on any Valuation Date to any purchases or sales of securities contracted for by the SICAR on such Valuation Date, to the extent practicable and

(iv) unfunded commitments from investors to subscribe Shares in the SICAR shall not be considered for the purpose of calculating the net asset value of the SICAR.

**Art. 17. Suspension of the Determination of the Net Asset Value.** The General Partner may suspend the determination of the net asset value of Shares during:

a) the existence of any state of affairs which constitutes an emergency as a result of which disposals or accurate valuation of a substantial portion of the assets owned by the SICAR would be impracticable;

b) any breakdown that occurs in the means of information normally employed in determining the price or value of any of the assets of the SICAR; or

c) any period, when in the opinion of the General Partner, a fair valuation of the assets of the SICAR is not practical for reasons beyond the control of the SICAR.

If appropriate, notice of any suspension will be given to the Shareholders.

**Art. 18. General Meeting of Shareholders.** Any regularly constituted general meeting of the Shareholders of the SICAR shall represent the entire body of Shareholders of the SICAR. Without prejudice to the provision of article 23 hereof and to any other powers reserved to the General Partner by virtue of law or the present articles of association, it shall have the broadest powers to undertake or to ratify any act relating to the business of the SICAR.

The general meeting of Shareholders does not undertake or ratify any act that concerns the SICAR with regard to third parties or that modifies these articles of association without the approval of the General Partner.

**Art. 19. Date and Place of Meetings of Shareholders.** The annual general meeting of Shareholders shall be held, in accordance with Luxembourg law, at the registered office of the SICAR or at such other place in Luxembourg as may be specified in the notice of meeting, on the second Friday of the month of June at 10 o'clock and for the first time in 2009. If such day is not a business day or is a Saturday in Luxembourg, the annual general meeting shall be held on the next following business day that is not a Saturday. The annual general meeting may be held abroad if, at the absolute discretion of the General Partner, exceptional circumstances so require.

Other meetings of Shareholders may be held at such place and time as may be specified in the respective notices of meeting.

**Art. 20. Organisation of Meetings of Shareholders.** All general meetings of Shareholders shall be presided over by the General Partner.

The quorums and delays required by law shall govern the notice for, and the conduct of, the meetings of Shareholders of the SICAR, unless otherwise provided herein.

A Shareholder may act at any meeting of Shareholders by appointing another person who need not be a Shareholder and may be a manager of the General Partner as his proxy in writing.

The General Partner may determine any and all other conditions that must be fulfilled by Shareholders for them to take part in any meeting of Shareholders.

Except as otherwise required by law or as otherwise provided herein, resolutions at a meeting of Shareholders duly convened will be passed by a simple majority of those present and voting.

**Art. 21. Correspondence to Shareholders.** Any notice or other correspondence to a Shareholder is sent to the Shareholder at the Shareholder's Address.

**Art. 22. The Management of the SICAR.** The SICAR shall be managed by the General Partner in its capacity as general partner («associé commandité») of the SICAR. The Limited Partners («associés commanditaires») of the SICAR may in no event participate or interfere in the management of the SICAR.

In the event of legal incapacity, liquidation or other permanent situation preventing the General Partner from acting as manager of the SICAR, the SICAR shall not be immediately dissolved and liquidated, provided the general meeting of Shareholders appoints, in accordance with the quorum and majority requirements for the amendment of the articles of association, a successor manager. Any such appointment of a successor manager shall not be subject to the approval of the General Partner. Failing such appointment, the SICAR shall be dissolved and liquidated.

**Art. 23. Powers of the General Partner.** The General Partner is vested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposition within the SICAR's stated purpose save for those that are expressly reserved by law or these articles of association to the general meeting of Shareholders.

The General Partner may appoint, under his full responsibility, investment advisors and managers as well as any other management, advisory or administrative agents. The General Partner may enter into agreements with such persons for the rendering of their services, the delegation of powers to them and the determination of their remuneration to be borne by the SICAR.

The General Partner may form committees and give them advisory function.

Any documentation, analysis, data or other information gathered or prepared by the General Partner in connection with the management of the SICAR shall become the property of the General Partner.

**Art. 24. Representation of the SICAR.** The SICAR will be bound towards third parties by the sole signature of the General Partner or by the individual or joint signatures of any other person, as designated and determined by the General Partner at its sole discretion and under his full responsibility, or by any such person(s) to whom such power has been delegated.

**Art. 25. Conflict of Interests.** No contract or other transaction between the SICAR and any other company or entity shall be affected or invalidated by the fact that the General Partner or any one or more of the shareholders, managers, employees, representatives or agents of the General Partner is interested in, or is an associate, manager, employee, representative or agent of, such other company or entity. Neither the General Partner nor any such person shall by reason of such relation with such other company or entity be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contracts or other transactions.

**Art. 26. Indemnification.** The SICAR shall indemnify its employees, representatives and agents and the General Partner and any of its managers, employees, representatives and agents for, and hold them free from and harmless against, any liability and damage whatsoever incurred by any of them in the execution and discharge of their respective obligations or in relation thereto, including any liability incurred by any of them in defending any proceedings, civil or criminal, which relate to anything done or omitted by any of them in such capacity and in which judgment is given in the respective person's favour (or the proceedings otherwise disposes of without any finding or admission of any material breach of obligation on his part) or in connection with any application under any statute for relief from liability in respect of any such act or omission in which relief is granted to him by the Court.

**Art. 27. Custodian.** The SICAR shall enter into a custodian agreement with a bank, which shall satisfy the requirements of the SICAR Law (the «Custodian»). All securities, cash and other assets of the SICAR are to be held by or to the order of the Custodian by its agents nominated in good faith and under his full responsibility who shall assume towards the SICAR and its Shareholders the responsibilities provided for by law.

If the Custodian desires to withdraw, the General Partner shall use its best efforts to find another bank to act as custodian and upon doing so the General Partner shall appoint such bank to be custodian in place of the Custodian within two months of the effectiveness of such withdrawal. The Custodian shall take all necessary steps for the good preservation of the interests of the Shareholders until the new custodian is appointed by the SICAR.

The General Partner may terminate the appointment of the Custodian, but shall not remove the Custodian unless and until a successor custodian shall have been appointed.

**Art. 28. Independent auditor.** An independent auditor is appointed by the general meeting of the shareholders

**Art. 29. Financial Year.** The financial year of the SICAR shall begin on the first day of January of each year and shall terminate on the last day of December of the same year.

**Art. 30. Annual Report.** The Company shall publish one annual report within a period of six (6) months as of the end of the fiscal year concerned.

**Art. 31. Dissolution.** The SICAR may be dissolved by a resolution of the Shareholders adopted in the manner required for the amendment of these articles of association and subject to the consent of the General Partner.

**Art. 32. Applicable Law.** All matters not governed by these articles of association shall be determined in accordance with the SICAR Law, the law of 10 August 1915 on commercial companies and any other applicable Luxembourg law.

127805

*Transitory provisions*

The first accounting year shall begin on the date of this deed and shall end on 31 December 2008.

*Subscription - Payment*

The Articles of Association having thus been established, the parties appearing declare to subscribe to the whole capital as follows:

Party	No. of Shares	Class of Shares
GAYNOR MANAGEMENT SARL .....	2	Management shares
GAYNOR INTERNATIONAL LIMITED .....	<u>18</u>	Ordinary shares
Total: .....	20	

And declare to have them all fully paid up in cash of an amount of Euro 100,000.- (one hundred thousand euros) is now available to the Company, evidence thereof having been given to the notary.

*Estimate*

The expenses, costs, fees and charges of any kind whatsoever which will have to be borne by the Company as a result of its incorporation are estimated at approximately five thousand Euros (EUR 5,000.-).

*General Meeting of Shareholders*

The above named persons, representing the entire subscribed capital and considering themselves as fully convened, have immediately proceeded to a general meeting of shareholders. After verification of the due constitution of the meeting, the meeting has adopted the following resolutions by unanimous vote.

- 1) The registered office of the Company is set at L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.
- 2) The independent auditor for the Company shall be MAZARS S.A., with registered address at 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 Luxembourg. The term of office of the auditor shall expire at the close of the annual general meeting of shareholders approving the annual accounts of the year 2008.

The Company shall enter into a custodian agreement with ABN AMRO BANK (LUXEMBOURG) S.A., with registered address at 46, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg.

*Declaration*

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing party, the present deed is worded in English followed by a French version and in case of divergences between the English and the French text, the English version will be prevailing.

Whereof the present deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the person appearing, said person appearing signed together with the notary the present deed.

**Suit la version française du texte qui précède:**

L'an deux mille sept, le sept novembre.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg.

Ont comparu:

GAYNOR MANAGEMENT S.à.r.l., une société à responsabilité limitée constituée et existant suivant les lois de Luxembourg, ayant son siège social au 23, avenue Monterey à L-2086 Luxembourg, actuellement en cours d'immatriculation au Registre de Commerce et des Sociétés, constituée suivant acte du notaire instrumentant en date du 7 novembre 2007, non encore publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations,

ici représenté par Monsieur Harald Charbon, employé privé, résidant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée le 7 novembre 2007; et

GAYNOR INTERNATIONAL LIMITED, une société limitée constituée et existant suivant les lois des Iles Vierges Britanniques, ayant son siège social au Suite 6, Mill Mall, Wickhams Cay I, Road Town, Tortola; BVI, inscrite au Registre de Commerce des BVI sous le numéro IBC n ° 87091

ici représenté par Monsieur Harald Charbon, employé privé, résidant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée le 29 octobre 2007.

Lesquelles procurations resteront, après avoir été signées ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, annexées aux présentes pour être formalisées avec elles.

Lesquels comparants, ès qualités qu'elles agissent, ont requis le notaire instrumentant de dresser acte d'une société en commandite par actions dont elles ont arrêté les statuts comme suit:

## Titre I<sup>er</sup> . Forme, Dénomination, Siège, Durée, Objet

**Art. 1<sup>er</sup> . Dénomination.** Il est formé entre GAYNOR MANAGEMENT, société à responsabilité limitée de droit luxembourgeois, étant l'associé commandité (ci-après l'«Associé Commandité») ainsi que les autres souscripteurs et tous ceux qui en deviendront actionnaires par la suite et étant les associés commanditaires (chacun un «Actionnaire Commanditaire») une société sous la forme d'une société en commandite par actions qualifiée de société d'investissement en capital à risque conformément à la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque (SICAR) (ci-après la «Loi SICAR») sous la dénomination de GAYNOR INVESTMENTS S.C.A. SICAR (ci-après la «SICAR»).

**Art. 2. Durée.** La SICAR est constituée pour une durée illimitée.

**Art. 3. Objet.** L'objet de la SICAR consiste à placer ses fonds en valeurs représentatives de capital à risque au sens de la Loi SICAR dans le but de faire bénéficier les Actionnaires Commanditaires et l'Associé Commandité (chacun un «Actionnaire») des résultats de la gestion de ses actifs en contrepartie du risque qu'ils supportent.

La SICAR peut également investir ses fonds en tout autre valeurs autorisé par la Loi SICAR et compatible avec son objet.

Par ailleurs, la SICAR peut prendre toutes mesures et réaliser toutes opérations qu'elle juge utiles au développement et à l'accomplissement de son objet au sens le plus large autorisé par la Loi SICAR.

**Art. 4. Siège Social.** Le siège social de la SICAR est établi à Luxembourg-Ville, Grand-Duché de Luxembourg. L'adresse du siège social peut être déplacée à l'intérieur de la municipalité de Luxembourg-Ville par décision de l'Associé Commandité.

Au cas où l'Associé Commandité estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale de la SICAR au siège social, ou la communication aisée de ce siège avec des personnes se trouvant à l'étranger, se sont produits ou sont imminents, l'adresse du siège social pourra être transféré temporairement à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; ces mesures temporaires n'auront toutefois aucun effet sur la nationalité de la SICAR, laquelle, nonobstant le transfert temporaire de l'adresse de son siège social, restera une société luxembourgeoise.

La SICAR peut établir des filiales, des succursales ou d'autres bureaux, tant au Grand Duché de Luxembourg qu'à l'étranger, par décision de l'Associé Commandité.

**Art. 5. Responsabilité.** L'Associé Commandité est responsable de tous les engagements qui ne pourront pas être couverts au moyen des avoirs de la SICAR.

Les Actionnaires Commanditaires ne seront engagés que dans les limites de leur apport à la SICAR; ils s'abstiendront conséquemment d'agir au nom de la SICAR de quelque manière ou en quelque capacité que ce soit, si ce n'est en exerçant leurs droits d'Actionnaires dans les assemblées générales.

**Art. 6. Détermination des Objectifs et Politiques.** L'Associé Commandité détermine la politique sociétaire et d'investissement ainsi que les objectifs et directives d'investissement de la SICAR ainsi que le déroulement de la conduite de la gestion et des affaires de la SICAR.

**Art. 7. Capital Social.** Le capital de la SICAR sera à tout moment égal à la valeur nette d'inventaire de celle-ci et est divisé en actions sans valeur nominale (les «Actions»).

Le capital est établi en Euro («EUR»). Afin de déterminer le capital social de la SICAR, la valeur des avoirs attribuables à la SICAR sera, si elle n'est pas exprimée en EUR, convertie en EUR.

Le capital social de la SICAR sera représenté par les deux catégories d'Actions suivantes:

- Les actions commandités détenues par l'Associé Commandité et souscrites par l'Associé Commandité lors de la constitution de la SICAR (les «Actions Commandités»);
- Les actions ordinaires souscrite par les Actionnaires Commanditaires lors de ou après la constitution de la SICAR (les «Actions Ordinaires»).

L'Associé Commandité peut émettre des catégories d'Actions supplémentaires conformément aux dispositions et sous réserve des conditions de la Loi SICAR.

Les Actions peuvent, au gré de l'Associé Commandité, comprendre une ou plusieurs séries différentes, dont les caractéristiques, modalités et conditions sont établies par l'Associé Commandité.

La SICAR est constituée avec un capital social souscrit de cent mille euros (EUR 100.000,-) et représenté par deux (2) Actions Commandités et dix-huit (18) Actions Ordinaires. Ces Actions sont entièrement libérées et émises lors de la constitution de la SICAR.

Le capital souscrit minimum de la SICAR qui doit être atteint dans un délai de douze (12) mois à partir de la date d'agrément de la SICAR en tant que société d'investissement en capital à risque est d'un million d'Euros (EUR 1.000.000,-).

L'Associé Commandité est autorisé à émettre à tout moment et conformément à l'article 10 ci-dessous un nombre illimité d'Actions, partiellement ou entièrement libérées sans réserver aux Actionnaires existants un droit de souscription préférentiel sur de telles Actions à émettre. Aucune autre Action Commanditée ne sera émise.

**Art. 8. Actions.** Les Actions seront nominatives. Elles ne peuvent pas être converties en Actions au porteur.

L'Associé Commandité peut, à sa discrétion, décider d'émettre des coupures d'Actions. Les coupures d'Actions donneront des droits proportionnels à la coupure d'une Action qu'elles représentent mais ne conféreront le droit de vote que dans la mesure où leur nombre représente une Action entière.

Les Actions émises par la SICAR seront inscrites dans le registre des Actionnaires (le «Registre») qui sera tenu par la SICAR ou par une autre entité désignée à cet effet par la SICAR; ce Registre contiendra le nom de chaque Actionnaire, sa résidence, son siège social ou son domicile élu, le nombre et la catégorie d'Actions et de coupures qu'il détient, le montant libéré pour chacune de ces Actions et coupures, les transferts avec leur date, la conversion d'Actions et des références bancaires.

Tout Actionnaire devra fournir à la SICAR une adresse à laquelle toutes les notifications et autre correspondance de la SICAR pourront être envoyés (l'«Adresse»). Cette Adresse sera inscrite également dans le Registre. Si un Actionnaire ne fournit pas de telle Adresse à la SICAR, mention pourra en être faite dans le Registre, et l'Adresse de l'Actionnaire sera censée être au siège social de la SICAR ou à telle autre adresse qui aura été déterminée par la SICAR à un moment donné, y inclus toute adresse inscrite dans les livres de la SICAR, ceci jusqu'à ce qu'une autre Adresse soit fournie par l'Actionnaire.

Tant qu'aucune communication écrite contraire n'aura été reçue par la SICAR à son siège social ou à toute autre adresse qui aura été déterminée par la SICAR à un moment donné, l'information contenue dans le Registre, y incluse l'Adresse et les références bancaires indiquées, sera considérée comme exacte et à jour.

Les Actionnaires recevront une confirmation de leur inscription dans le Registre. A moins que l'Associé Commandité n'en décide autrement, aucun certificat d'Action n'est émis pour les Actions nominatives. Si des certificats d'Actions sont émis et un Actionnaire requiert plus d'un certificat pour ses Actions, le coût de certificats additionnels pourra être à la charge de cet Actionnaire.

Lorsqu'un Actionnaire peut justifier de manière satisfaisante à la SICAR que son certificat d'Action a été égaré ou détruit, un duplicata peut être émis à sa demande, aux conditions et garanties que la SICAR pourra choisir, notamment sous forme d'un titre délivré par une compagnie d'assurances ou d'une lettre de garantie émise par une banque, mais sans préjudice de toute autre forme de garanties. Dès l'émission du nouveau certificat sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original à la place duquel le nouveau certificat a été émis, n'aura plus aucune valeur. Les certificats d'Actions endommagés peuvent être échangés sur ordre de la SICAR. Ces certificats endommagés seront remis à la SICAR et annulés immédiatement. La SICAR peut, à la discrétion de l'Associé Commandité, demander à l'Actionnaire le coût d'un duplicata ou d'un nouveau certificat d'Actions et, toutes les dépenses que la SICAR aura encourue en relation avec l'émission et l'inscription au Registre, ou avec l'annulation de l'ancien certificat.

Chaque Action entière donne droit à une voix à chaque assemblée des Actionnaires ainsi que, à l'égard de chaque catégorie, aux assemblées distinctes des Actionnaires de chacune des catégories, conformément au droit luxembourgeois. A moins que le droit ne le prévoit autrement, toutes les Actions voteront en tant qu'une seule catégorie.

La SICAR ne reconnaît qu'un seul propriétaire par Action et par coupure. Si la propriété d'une Action ou d'une coupure est indivise ou litigieuse, les personnes invoquant un droit sur cette Action ou sur cette coupure devront désigner un mandataire unique pour représenter cette Action ou cette coupure à l'égard de la SICAR. L'omission d'une telle désignation impliquera la suspension de tous les droits attachés à cette Action ou cette coupure.

**Art. 9. Remplacement de Certificats d'Actions.** Lorsqu'un Actionnaire peut justifier de manière satisfaisante à la SICAR que son certificat d'Action a été égaré ou détruit, un duplicata peut être émis à sa demande, aux conditions et garanties que la SICAR pourra choisir, notamment sous forme d'un titre délivré par une compagnie d'assurances ou d'une lettre de garantie émise par une banque, mais sans préjudice de toute autre forme de garanties. Dès l'émission du nouveau certificat sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original à la place duquel le nouveau certificat a été émis, n'aura plus aucune valeur.

Les certificats d'Actions endommagés peuvent être échangés sur ordre de la SICAR. Ces certificats endommagés seront remis à la SICAR et annulés immédiatement.

La SICAR peut, à la discrétion de l'Associé Commandité, demander à l'Actionnaire le coût d'un duplicata ou d'un nouveau certificat d'Actions et, toutes les dépenses que la SICAR aura encourue en relation avec l'émission et l'inscription au Registre, ou avec l'annulation de l'ancien certificat.

**Art. 10. Emission des Actions.** L'Associé Commandité est autorisé et instruit à déterminer les conditions de chaque émission d'Actions. Des émissions d'Actions peuvent être soumises au paiement au moment de l'émission des Actions ou effectuées sur acceptation des engagements de souscription de la part d'investisseurs pour des Actions en espèces et à terme.

Les conditions d'émissions des Actions déterminées par l'Associé Commandité peuvent inclure entre autre un montant minimum de souscription, des conditions dans lesquelles les engagements de souscription seront réalisés, le prix de souscription, et les conditions pour l'émission subséquente d'Actions.

L'Associé Commandité pourra décider d'émettre des Actions en contrepartie d'un apport en nature. Dans ce cas, les avoirs apportés devront se conformer à l'objet social et la politique d'investissement de la SICAR et être évalués dans un

rapport émis par le réviseur de la SICAR, comme requis par le droit luxembourgeois. Tous frais en relation avec un apport en nature seront supportés par l'investisseur respectif.

Si un Actionnaire qui s'est engagé à souscrire des Actions ne respecte pas son engagement en payant l'entière part de la partie due du prix de souscription aux échéances et conformément aux conditions déterminées par l'Associé Commandité, ce dernier a, à sa discrétion, le pouvoir de révoquer l'acceptation d'une souscription, de faire valoir la souscription et/ou de suspendre les droits attachés aux Actions qui ont été souscrites et libérées antérieurement par l'Actionnaire défaillant et de procéder à un rachat forcé des Actions concernées conformément à l'article 11 ci-dessous.

**Art. 11. Investisseurs Eligibles.** A part des Actions Commandités, les Actions ne pourront être détenues que par des investisseurs avertis au sens de l'article 2 de la Loi SICAR («Investisseurs Avertis»).

Sont considérés comme Investisseurs avertis:

(i) l'investisseur institutionnel;

(ii) l'investisseur professionnel; ou

(iii) toute personne qui (i) a déclaré par écrit son adhésion au statut d'investisseur averti, et (ii) qui investit un minimum de EUR 125.000,- dans la SICAR, ou (iii) bénéficie d'une appréciation de la part d'un établissement de crédit, d'un autre professionnel du secteur financier soumis à des règles de conduite au sens de l'article II de la Directive 93/22/CEE, ou d'une société de gestion au sens de la Directive 2001/107/CE certifiant son expertise, son expérience et sa connaissance pour apprécier de manière adéquate un placement en capital à risque.

En plus, la SICAR peut, à la discrétion unique et absolue de l'Associé Commandité, accepter ou rejeter toute demande de souscription à des Actions.

Des Investisseurs Avertis et les personnes dont la demande de souscription a été acceptée sont collectivement nommées «Investisseurs Eligibles» dans les présents statuts.

A cet effet, l'Associé Commandité peut:

a) Refuser l'émission d'actions, l'inscription du transfert d'actions ou l'acceptation de toute autres dispositions d'actions lorsqu'il apparaît que cette émission, ce transfert ou cette autre disposition aurait ou pourrait avoir pour conséquence l'investissement en des Actions d'une personne qui n'est pas un Investisseur Eligible;

b) A tout moment demander à toute personne qui figure au Registre ou qui cherche à y faire inscrire un transfert ou une autre disposition d'Actions, de lui fournir tous renseignements qu'il estime nécessaires, soutenus d'une déclaration sous serment, afin de déterminer si l'investisseur est un Investisseur Eligible;

c) Refuser d'accepter, lors de toute assemblée générale d'actionnaires de la SICAR, le vote de toute personne qui n'est pas un Investisseur Eligible;

d) S'il apparaît à l'Associé Commandité qu'une personne qui n'est pas un Investisseur Eligible ou qui a perdu son statut d'Investisseur Eligible, seule ou ensemble avec d'autres personnes, est investi en des Actions lui faire subir à l'Actionnaire respectif le rachat forcé (le «Rachat Forcé») de l'ensemble ou d'une partie de ces Actions en respectant la procédure suivante:

(i) La SICAR signifie un préavis à l'Actionnaire qui figure dans le Registre en tant qu'actionnaire des Actions concernées; le préavis spécifie les Actions qui seront rachetées, le prix de rachat à payer pour ces Actions et l'endroit où le prix de rachat sera payable (le «Préavis de Rachat Forcé»). Un Préavis de Rachat Forcé peut être remis en mains propres de l'Actionnaire ou peut être communiqué par lettre recommandée adressée à l'Adresse de l'Actionnaire. Dès la fermeture des bureaux (i.e. 17.00 heures) au jour spécifié dans le Préavis de Rachat Forcé l'Actionnaire concernée cessera d'être l'actionnaire des Actions spécifiées dans le Préavis de Rachat Forcé et son nom sera rayé du Registre. Ci -après aucune personne intéressée aux Actions mentionnées dans le Préavis de Rachat Forcé ne pourra faire valoir de droit sur ces Actions ni ne pourra exercer aucune action contre la SICAR ou ses avoirs, sauf le droit de l'ancien Actionnaire de recevoir le Prix de Rachat Forcé comme défini sous (ii) ci-dessous.

(ii) Le prix de rachat des Actions spécifiées dans un Préavis de Rachat Forcé (le «Prix de Rachat Forcé») sera égal à 75% de la valeur nette d'inventaire par Action à la Date d'Evaluation spécifié dans le Préavis de Rachat Forcé net du revenu gagné par Action par la SICAR de la date de l'acquisition des Actions concernées ou la perte du statu d'Investisseur Eligible jusqu'à la Date d'Evaluation; en sera, le cas échéant, soustrait un montant égal à tous les droits et charges qui seront encourus lors de la réalisation des investissements de la SICAR jusqu'à la Date d'Evaluation en vue de procéder à un tel rachat. La valeur nette d'inventaire sera déterminée conformément aux dispositions de l'Article 16 des présents statuts.

(iii) Le Prix de Rachat Forcé sera transféré à l'ancien Actionnaire en EUR dès que praticable sans supporter d'intérêts et conformément à l'article 15 ci-après. Suite au transfert du Prix de Rachat Forcé tel que mentionné ci-dessus, aucune personne intéressée aux Actions mentionnées dans le Préavis de Rachat Forcé ne pourra faire valoir de droit sur ces Actions, ni ne pourra exercer aucune action contre la SICAR ou ses avoirs, sauf le droit de l'ancien Actionnaire de recevoir le Prix de Rachat Forcé.

L'exercice par l'Associé Commandité des pouvoirs lui conférés par le présent article ne pourra en aucun cas être mis en cause ou invalidé au motif qu'il n'y avait pas de preuve suffisante à l'égard de la personne investie en ces Actions au motif que l'investisseur en des Actions était en réalité une autre personne que celle qui ne semblait à la SICAR à la date de l'envoi du Préavis de Rachat Forcé, à condition dans ce cas que la SICAR ait exercé ses pouvoirs de bonne foi.



En plus de toute responsabilité prévue par le droit applicable, chaque Actionnaire qui n'est pas un Investisseur Eligible et qui acquiert un intérêt dans les Actions de la SICAR, devra indemniser, et tenir quitte et indemne la SICAR, l'Associé Commandité, les Actionnaires Commanditaires et leurs agents respectifs de toute responsabilité et de tout dommage quelconque résultant directement ou indirectement de la détention de tel droit, dans les circonstances où de l'information trompeuse, incomplète ou incorrecte pour établir injustement le statut d'Investisseur Eligible a été fourni ou il a été manqué de notifier la SICAR de la perte de ce statut.

**Art. 12. Transfert d'Actions.** Sous réserve de l'article 22 ci-dessous, les Actions Commandités détenue par l'Associé Commandité peuvent être transférées, mises en gage ou faire l'objet de quelconques autres dispositions uniquement avec l'accord préalable de l'assemblée générale des Actionnaires conformément aux conditions de quorum et de majorité requises pour la modification des statuts et à tout droit applicable.

Les Actions Ordinaires peuvent être transférées, mises en gage ou faire l'objet de quelconques autres dispositions à tout moment pourvu que (i) l'acquéreur de celles-ci en assument par écrit et avant le transfert totalement et complètement toutes les obligations échues du cédant en relation avec ces Actions, (ii) le cessionnaire des Actions est un Investisseur Eligible, (iii) le cédant a obtenu l'accord préalable de l'Associé Commandité lequel ne peut pas être refusé déraisonnablement, et (iv) les conditions supplémentaires déterminées par l'Associé Commandité de temps à autre sont remplies.

Des transferts d'Actions se feront par inscription du transfert au Registre sur livraison d'une déclaration de transfert écrite, datée et signée par l'acquéreur et le cessionnaire ou par des personnes dûment autorisées à cet effet en combinaison avec d'autres instruments de transfert qui satisfont la SICAR.

**Art. 13. Rachat d'Actions.** Aucun rachat ne pourra être demandé de manière unilatérale par les Actionnaires.

Les Actions de la SICAR pourront être rachetées par la SICAR à l'entière discrétion de l'Associé Commandité à un montant et aux conditions définis par l'Associé Commandité lesquels incluent la Date d'Evaluation, le prix de rachat et la date à laquelle le rachat deviendra effectif (le «Jour de Rachat») dans un avis de rachat envoyé aux Actionnaires (l'«Avis de Rachat»). Le prix d'achat tiendra compte des principes appliqués en cas de distribution.

Alternativement, la SICAR pourra, à l'entière discrétion de l'Associé Commandité, inviter les Actionnaires à solliciter le rachat des Actions jusqu'à un montant et aux conditions définis par l'Associé Commandité dans un Avis de Rachat envoyé aux Actionnaires. Sur réception d'un tel avis, les Actionnaires pourront solliciter le rachat de leurs Actions en conformité avec l'Avis de Rachat. Les demandes de rachat excédant le nombre d'Actions à racheter seront rejetées automatiquement. Dans ce cas, la SICAR enverra un avis de confirmation aux Actionnaires qui ont soumis une demande de rachat, en spécifiant le nombre d'Actions à racheter au Jour de Rachat.

Les rachats d'Actions devront normalement être effectués proportionnellement au nombre d'Actions de la catégorie respective détenues par chaque Actionnaire ou offertes pour le rachat par chaque Actionnaire.

Immédiatement après la clôture de bureau (i.e. 17.00 heures) le Jour de Rachat (et nonobstant le fait que l'Actionnaire ait ou non indiqué un compte bancaire), un Actionnaire cessera d'être le propriétaire des Actions mentionnées dans l'Avis de Rachat et son nom ne devra plus apparaître en tant que détenteur de ces Actions dans le Registre. Cette personne cessera d'avoir des droits d'Actionnaire de la SICAR en relation avec les Actions ainsi rachetées à compter de la clôture des bureaux au Jour de Rachat indiqué dans l'Avis de Rachat mentionné ci-dessus.

La SICAR aura le droit, si l'Associé Commandité le décide, de satisfaire au paiement du Prix de Rachat à chaque Actionnaire y consentant, par l'attribution en nature à l'Actionnaire d'avoirs provenant du portefeuille d'investissements de la SICAR d'une valeur égale à la valeur des Actions à racheter. La nature et le type d'avoirs à transférer en pareil cas seront déterminés par l'Associé Commandité sur une base équitable et raisonnable, sans porter préjudice aux intérêts des autres Actionnaires de la SICAR. A l'entière discrétion de l'Associé Commandité, l'évaluation dont il sera fait usage pourrait être confirmée par un rapport spécial établi par le réviseur de la SICAR. Les coûts de tels transferts devront être supporter par le cessionnaire.

**Art. 14. Distributions.** Les distributions peuvent être faite à la discrétion de l'Associé Commandité par voie de remboursements, de dividendes, d'acomptes sur dividendes ou l'allocation du boni de liquidation. Toutefois, aucune distribution ne pourra être faite s'il en résulte que le capital de la SICAR devient inférieur au minimum prescrit en droit.

Après déduction des dépenses de la SICAR, y incluses toutes commissions ainsi que toutes réserves jugées nécessaires par l'Associé Commandité eu égard à une gestion prudente et saine, la SICAR effectuera les distributions aux Actionnaires au pro rata du nombre d'Actions détenues par chaque Actionnaire concerné de la manière suivante:

a) Premièrement, cent pour cent (100%) des montants distribuables seront distribués aux Actionnaires jusqu'à ce que ces distributions sont égales au montant total de leurs apports en capital concernant les Actions en circulation de la SICAR;

b) Deuxièmement, cent pour cent (100%) des montants distribuables seront distribués aux Actionnaires des Actions Ordinaires jusqu'à ce que ces distributions représentent un taux de rendement de préférence de cinq pour cent (5%) par an, au montant total de leurs apports en capital concernant les Actions en circulation de la SICAR;

c) Troisièmement, cinq pour cent (5%) des montants distribuables seront distribués aux Actionnaires des Actions Commandités et quatre vingt cinq pour cent (95%) des montants distribuables seront distribués aux Actionnaires.

**Art. 15. Paiements.** Tout paiement à un Actionnaire sera réalisé par virement bancaire au compte bancaire indiqué lors de la souscription. Si un compte bancaire n'a pas été indiqué, la SICAR peut soit déposer le montant à payer sur un compte ouvert dans ce but, soit envoyer un chèque de ce montant à l'Adresse de l'Actionnaire, au seul risque et dépens de cet Actionnaire.

Après le paiement ou le dépôt du montant dû ou après l'envoi du chèque mentionné ci-dessus, aucune personne intéressée dans les Actions respectives ne pourra faire valoir de droit sur ces Actions ni ne pourra exercer aucun recours contre la SICAR ou ses avoirs en ce qui concerne ce paiement.

**Art. 16. Calcul de la Valeur Nette d'Inventaire.** La valeur de l'actif net de la SICAR est égale à la différence entre la valeur de ses actifs et de ses passifs. En cas de besoin, les mêmes principes s'appliquent lorsque plusieurs catégories d'Actions ont été émises conformément aux dispositions de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales.

La valeur de l'actif net de la SICAR sera déterminée en euros sous la responsabilité de l'Associé Commandité de la SICAR à partir du 31 décembre, avec comme valeur de départ 2007. A la discrétion de l'Associé Commandité, la valeur de l'actif net peut être calculée à toute autre date que l'Associé Commandité juge utile, par exemple afin de calculer le prix de rachat dans le cadre d'un rachat obligatoire. Une telle date sera considérée comme Date d'Evaluation.

L'évaluation des actifs et des passifs de la SICAR est basée sur le prix de vente raisonnablement prévisible, déterminé en bonne foi par l'Associé Commandité et conformément aux règles suivantes:

La valeur des espèces en caisse en dépôt, des effets et billets payables à vue, dépenses payées d'avance et des dividendes payés en espèces et intérêts annoncés ou venus à échéance tel que précités, mais non encore encaissés, est censée être le montant total de ces avoirs, sauf s'il s'avère improbable que cette valeur puisse être reçue; dans ce cas l'Associé Commandité peut appliquer une déduction qu'il juge appropriée dans un cas pareil, en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs;

Les valeurs mobilières et autres valeurs négociées sur un marché régulé ou tout autre marché organisé seront évaluées à leur dernier prix de marché offert connu; celui-ci est généralement le marché principal pour de telles valeurs mobilières;

Les valeurs mobilières et toute autre valeur non négociée sur un marché régulé ou tout autre marché organisé, de même que de telles valeurs mobilières négociées et autres valeurs négociées sur un marché régulé ou tout autre marché organisé pour lesquels le prix déterminé conformément au point b) ci-dessus n'est pas représentatif à la juste valeur, seront déterminées sur la base de leur prix d'acquisition, y compris l'ensemble des coûts, frais et dépenses afférents à une telle acquisition, ou, si un tel prix d'acquisition n'est pas représentatif, sur la base du prix de vente raisonnablement déterminé avec prudence et en bonne foi;

Les investissements en capital-risque autres que les valeurs énoncées sous point c) ci-dessus peuvent être déterminés avec l'aide d'un ou de plusieurs expert(s) évaluateur(s) désigné(s) par l'Associé Commandité conformément aux directives d'évaluation émises par l'EVCA (European Venture Capital and Private Equity Association «directives EVCA») et les standards applicables à ces experts évaluateurs indépendants; lors de ce processus, différents facteurs peuvent être pris en considération, y compris sans y être limité, les prix d'acquisition des investissements récemment acquis, les flux de trésorerie actualisés ou les profits de l'investissement ou les prix de référence commerciaux ou industriels sous-jacents, la géographie, le risque de crédit, le prix des devises étrangères et le prix de change, les prix d'actions, la volatilité, les événements au niveau de l'affaire sous-jacente (par exemple un manquement à une quelconque obligation, des actions en justice majeures, des changements au sein de la direction ou des changements de l'orientation stratégique ou tout changement significatif des conditions de marché) ou l'impact de changements futurs dans la structure d'un investissement de même que des risques spécifiques tels que le risque d'illiquidité des investissements, des difficultés lors de la préparation du financement de l'affaire sous-jacente ou les risques inhérents aux flux de trésorerie futurs. En ce qui concerne les investissements indirects en immobilier, les experts évaluateurs indépendants devront prendre en considération la 5<sup>ème</sup> édition des «Appraisal and Valuation Standards» publiés par la «Royal Institution of Chartered Surveyors» (RICS).

L'Associé Commandité est autorisé d'appliquer tout autre principe d'évaluation si les principes d'évaluation précités lui apparaissent inadéquats en principe ou inappropriés dans des circonstances extraordinaires ou lors d'événements extraordinaires, et ceci sur une base régulière dans chaque cas.

Pour les besoins de cet article:

(i) Les Actions de la SICAR qui sont en passe d'être rachetées ou remboursées conformément aux présents statuts, seront considérées comme Actions existantes et seront prises en considération jusqu'à la clôture de bureau à la Date d'Evaluation désignée et seront, à partir de ce jour et jusqu'à ce que les paiements sont effectués, considérées comme une dette de la SICAR;

(ii) Tous les investissements, soldes en espèces ou autres avoirs de la SICAR exprimés autrement qu'en EUR, seront évalués après prise en considération du ou des taux de change en vigueur au jour et à l'heure de la détermination de la valeur nette d'inventaire d'Actions;

(iii) Effet sera donné à la Date d'Evaluation à tous achats ou ventes de titres contractés par la SICAR à cette Date d'Evaluation, dans la mesure du praticable; et

(iv) Les engagements des investisseurs qui n'ont pas encore été honorés, de souscrire des Actions dans la SICAR, ne seront pas considérés pour le calcul de la valeur nette d'inventaire de la SICAR.

**Art. 17. Suspension du Calcul de la Valeur Nette d'Inventaire.** L'Associé Commandité peut suspendre la détermination de la valeur nette d'inventaire pendant:

- a) L'existence d'une situation d'urgence en raison de laquelle il n'est pas praticable pour la SICAR de disposer de, ou d'évaluer, une partie substantielle de ses avoirs;
- b) Toute période pendant laquelle une panne affecte les moyens d'information qui sont normalement employés pour déterminer le prix ou la valeur des avoirs; ou
- c) Toute période durant laquelle, de l'avis de l'Associé Commandité, une évaluation juste des avoirs de la SICAR n'est pas praticable pour des raisons échappant au contrôle de la SICAR.

Si approprié, un avis de suspension sera communiqué aux Actionnaires.

**Art. 18. Assemblée Générale des Actionnaires.** L'assemblée générale régulièrement constituée des Actionnaires de la SICAR représente l'ensemble des Actionnaires de la SICAR. Sans préjudice des dispositions de l'article 23 des présents statuts et de tout autre pouvoir réservé à l'Associé Commandité en droit ou par les présents statuts, elle dispose des pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier les actes relatifs aux affaires de la SICAR.

L'assemblée générale des Actionnaires ne fait et ne ratifie les actes qui intéressent la SICAR à l'égard des tiers ou qui modifient les présents statuts que d'accord avec l'Associé Commandité.

**Art. 19. Date et Lieu des Assemblées des Actionnaires.** L'assemblée générale annuelle des Actionnaires se tiendra conformément au droit luxembourgeois, au siège social de la SICAR, ou à tout autre endroit de Luxembourg, qui sera fixé dans l'avis de convocation, le deuxième vendredi du mois de juin à 10.00 heures et pour la première fois en 2009. Si ce jour n'est pas un jour ouvrable ou est un jour férié au Luxembourg, l'assemblée générale annuelle se tiendra le premier jour ouvrable suivant. L'assemblée générale annuelle pourra se tenir à l'étranger si, à la discrétion de l'Associé Commandité, des circonstances exceptionnelles le requièrent.

D'autres assemblées générales des Actionnaires pourront se tenir aux endroits et heures spécifiés dans les avis de convocation.

**Art. 20. Organisation des Assemblées des Actionnaires.** Toutes les assemblées générales seront présidées par l'Associé Commandité.

Les quorum et délais requis en droit régleront les avis de convocation et la conduite des assemblées des Actionnaires de la SICAR dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé dans les présents statuts.

Tout Actionnaire pourra prendre part aux assemblées des Actionnaires en désignant par écrit une autre personne, qui n'est pas nécessairement Actionnaire et qui peut être un gérant de l'Associé Commandité, comme son mandataire.

L'Associé Commandité peut déterminer toutes autres conditions à remplir par les Actionnaires pour prendre part à l'assemblée générale.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par en droit ou par les présents statuts, les décisions de l'assemblée des Actionnaires dûment convoquée seront adoptées à la majorité simple des Actionnaires présents et votants.

**Art. 21. Correspondance aux Actionnaires.** Toute notification ou autre correspondance aux Actionnaires est envoyé à l'Adresse des Actionnaires.

**Art. 22. La Gestion de la SICAR.** La SICAR sera gérée par l'Associé Commandité en sa qualité d'associé commandité de la SICAR. Les Actionnaires Commanditaires de la SICAR ne peuvent en aucun cas participer à ou interférer dans la gestion de la SICAR.

En cas d'incapacité légale, de liquidation ou d'une autre situation permanente empêchant l'Associé Commandité d'exercer ses fonctions de gérant de la SICAR, la SICAR ne sera pas automatiquement dissoute et mise en liquidation, à condition que l'assemblée générale des Actionnaires désigne un gérant remplaçant, conformément aux conditions de quorum et de majorité requises pour la modification des statuts. Toute nomination d'un gérant remplaçant n'est pas soumise à l'approbation du Associé Commandité. L'absence d'une telle nomination entraînera la dissolution et la liquidation de la SICAR.

**Art. 23. Pouvoirs de l'Associé Commandité.** L'Associé Commandité est investi des pouvoirs les plus étendus pour effectuer tous les actes d'administration et de disposition qui rentrent dans le cadre de l'objet de la SICAR à l'exception de ceux qui sont expressément réservés en droit ou par les présents statuts à l'assemblée générale des Actionnaires.

L'Associé Commandité pourra nommer, sous son entière responsabilité, des conseiller et des gestionnaires en investissement ainsi que tous autres conseillers, gestionnaires ou agents administratifs. L'Associé Commandité pourra conclure des contrats avec ces personnes pour la prestation de leurs services, la délégation de pouvoirs sur eux et la détermination de leur rémunération qui est à charge de la SICAR.

L'Associé Commandité pourra former des comités et pourra leur accorder des fonctions de conseil.

Toutes documentations, analyses, données ou autres informations reçues ou dressées par l'Associé Commandité concernant la gestion de la SICAR deviennent la propriété du Associé Commandité.

**Art. 24. Représentation de la SICAR.** La SICAR sera engagée vis-à-vis des tiers par la seule signature de l'Associé Commandité, ou par la signature individuelle ou conjointe d'une ou plusieurs personnes dûment autorisées à signer et

désignées par l'Associé Commandité de manière discrétionnaire et sous son entière responsabilité, ou telle(s) personne(s) à qui ce pouvoir a été délégué.

**Art. 25. Conflit d'Intérêts.** Aucun contrat et autre opération entre la SICAR et une autre société ou entité ne sera affecté ou invalidé du fait que l' Associé Commandité ou un ou plusieurs actionnaires, gérants, employés, représentants ou agents de l'Associé Commandité auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou entité, ou du fait qu'il serait associé, gérant, employé, représentant ou agent de cette autre société ou entité. Ni l'Associé Commandité ni aucune de ces personnes, ne sera, par cette relation avec cette autre société ou entité, privé du droit de délibérer et de voter ou d'agir en ce qui concerne toutes matières en relation avec pareils contrats ou opérations.

**Art. 26. Indemnisation.** La SICAR indemniserà ses employés, représentants et agents, et l' Associé Commandité et chacun de ses gérants, employés, représentants ou agents, et les tiendra quitte et indemne de toute responsabilité et de tout dommage quelconque qu'ils encourront dans l'exécution ou l'accomplissement de leurs obligations respectives ou en relation avec celles-ci, et notamment toute responsabilité encourue lors de toute procédure civile ou pénale en relation avec quelque chose que l'un d'entre eux aurait fait ou omis de faire dans le cadre de la qualité qui leur est conférée et pour lequel un jugement a statué en sa faveur (ou toute procédure qui disposera de manière différente, sans trouver ou admettre de violation grave de ses obligations) ou en relation avec toute requête en fin de non-recevoir en relation avec cet acte ou omission.

**Art. 27. Dépositaire.** La SICAR conclura un contrat de dépositaire avec une banque qui satisfera aux exigences de la Loi SICAR («le Dépositaire»). Toutes les valeurs mobilières, espèces et autres avoirs de la SICAR sont détenus par ou pour ordre du Dépositaire par les agents nommés de bonne foi et sous l'entière responsabilité du Dépositaire, qui assumera vis-à-vis de la SICAR et de ses Actionnaires les obligations prévues par la Loi SICAR.

Si le Dépositaire souhaite se retirer, l'Associé Commandité emploiera ses meilleurs efforts afin de trouver une autre banque pour agir comme dépositaire et l'Associé Commandité désignera cette banque comme dépositaire en lieu et place du Dépositaire dans les deux mois de la prise d'effet de ce retrait. Le Dépositaire doit prendre toutes les mesures nécessaires à la bonne conservation des intérêts des Actionnaires jusqu'à ce que le nouveau dépositaire soit nommé par la SICAR.

L'Associé Commandité pourra mettre fin aux fonctions du Dépositaire, mais ne pourra pas l'exclure à moins que et jusqu'à ce qu'un nouveau dépositaire n'ait été désigné en vue d'agir en lieu et à la place du Dépositaire.

**Art. 28. Réviseur Indépendant.** Un réviseur indépendant sera nommé par l'assemblée générale des actionnaires

**Art. 29. Exercice Social.** L'exercice social de la SICAR commencera le premier jour du mois de janvier de chaque année et se terminera le dernier jour du mois de décembre de la même année.

**Art. 30. Rapport Annuel.** La Société publie un rapport annuel dans les six (6) mois à compter de la fin de l'exercice social

**Art. 30. Dissolution.** La SICAR peut être dissoute par une décision des Actionnaires qui sera adoptée dans la manière requise pour la modification des présents statuts et sujette au consentement de l'Associé Commandité.

**Art. 31. Loi Applicable.** Toutes les matières, non régies par les présents statuts, seront déterminées par les dispositions de la Loi SICAR, la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et tout autre droit applicable au Luxembourg.

#### *Dispositions transitoires*

La première année sociale débutera à la date du présent acte et se terminera au 31 décembre 2008.

#### *Souscription - Libération*

Les statuts ayant été établis, les parties déclarent souscrire au capital ainsi qu'il suit:

Actionnaires	Nombre d'actions	Classe d'actions
GAYNOR MANAGEMENT SARL . . . . .	2	Actions commandités
GAYNOR INTERNATIONAL LIMITED . . . . .	18	Actions Ordinaires
Total: . . . . .	20	

Et déclarent les avoir intégralement libérées en espèces pour la somme de 100.000,- EUR (cent mille euros) est maintenant à disposition de la société, ainsi qu'il résulte de documents remis au notaire.

#### *Frais*

Le comparant a évalué le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la Société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution à environ cinq mille euros (EUR 5.000,-).

*Assemblée Générale Extraordinaire*

Les actionnaires, représentant l'intégralité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoqués, se sont réunis en assemblée générale. Après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

- 1) Le siège social de la Société est établi au 23, avenue Monterey à L-2086 Luxembourg.
- 2) Le réviseur d'entreprises indépendant de la Société est MAZARS S.A., avec siège social au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 Luxembourg. Le mandat donné au réviseur prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle des actionnaires appelée à délibérer sur les comptes annuels de l'année 2008.
- 3) La Société conclura un contrat de dépôt avec ABN AMRO BANK (LUXEMBOURG) S.A. avec siège social au 46, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg.

*Déclaration*

Le notaire soussigné, qui comprend et parle l'anglais, constate que sur demande du comparant, le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, le comparant a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: H. Charbon, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 9 novembre 2007. Relation: LAC/2007/34657. — Reçu 1.250 euros.

Le Receveur ff. (signé): F. Schneider.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 14 novembre 2007.

J. Elvinger.

Référence de publication: 2007132141/211/847.

(070157542) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 novembre 2007.

---

**GT-Sat International S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-7257 Helmsange, 16, Millewee.

R.C.S. Luxembourg B 104.210.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Jungerlinster, le 23 octobre 2007.

Pour copie conforme

*Pour la société*

M. Goeres

*Déléguée Maître J. Seckler*

Référence de publication: 2007127556/231/14.

(070147212) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**Esteban Invest II, Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1650 Luxembourg, 62, avenue Guillaume.

R.C.S. Luxembourg B 113.768.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Jungerlinster, le 24 octobre 2007.

Pour copie conforme

*Pour la société*

M. Goeres

*Déléguée par Maître J. Seckler*

Référence de publication: 2007127555/231/14.

(070147210) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**Immo Eco S.A., Société Anonyme.**

R.C.S. Luxembourg B 45.453.

—  
CLÔTURES DE LIQUIDATIONS

La présente pour vous demander de bien vouloir publier les clôtures suivantes:

«Par jugement du 18 octobre 2007, le tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, siégeant en matière commerciale, après avoir entendu le juge-commissaire, le liquidateur et le représentant du Ministère Public, a déclaré closes pour absence d'actif les opérations de liquidation des sociétés

1) - IMMO ECO S.A. (B 45.453), dont le siège social à L-8410 Steinfort, 38, route d'Arlon a été dénoncé en date du 5 février 2001;

2) - BATICLOS S.A. (B 54.366), dont le siège social à L-8422 Steinfort, 38, rue de Hobscheid a été dénoncé en date du 15 décembre 1997;

3) - HAPAX s.à.r.l. (B 58.291), avec siège social à L-2355 Luxembourg, 27, rue du Puits, de fait inconnue à cette adresse et à mis les frais à charge du Trésor.»

Luxembourg, le 25 octobre 2007.

M<sup>e</sup> L. Olinger.

Référence de publication: 2007127617/4979/24.

Enregistré à Luxembourg, le 26 octobre 2007, réf. LSO-CJ09045. - Reçu 89 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

Enregistré à Luxembourg, le 26 octobre 2007, réf. LSO-CJ09047. - Reçu 12 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

Enregistré à Luxembourg, le 26 octobre 2007, réf. LSO-CJ09051. - Reçu 12 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

(070147366) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**R-Control Désinfections S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-4967 Clemency, 47, rue de la Chapelle.

R.C.S. Luxembourg B 67.965.

L'an deux mille sept, le premier octobre.

Par-devant Maître Camille Mines, notaire de résidence à Capellen.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire de la société anonyme R-CONTROL DESINFECTIIONS S.A. en abrégé R-CD S.A. avec siège social à L-7220 Walferdange, 64, route de Diekirch, inscrite au R.C.S.L. sous le numéro B 67.965,

constituée aux termes d'un acte reçu par le notaire Joseph Elvinger, de résidence à Luxembourg, en date du 29 décembre 1998, publié au Mémorial C numéro 201 du 24 mars 1999,

et dont les statuts ont été modifiés pour la dernière fois aux termes d'un acte reçu par Maître Emile Schlessler, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 23 décembre 2003, publié au Mémorial C numéro 327 du 23 mars 2004.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Monsieur Tom Jaak Marie Herman Lorre, gérant de société, demeurant à B-9340 Ledeb, Blekte 98.

Monsieur le Président désigne comme secrétaire Monsieur René R. Cillien, commissaire aux comptes, demeurant à L-6925 Flaxweiler, 19, rue Gehschelt.

L'assemblée choisit comme scrutateur Madame Barbara Marie Henriette Sollie, gérant de société, demeurant à B-4130 Esneux, 1, Clos des Sources.

Les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés et le nombre d'actions détenues par les actionnaires sont renseignés sur une liste de présence, laquelle, après avoir été signée ne varietur, restera annexée aux présentes.

Monsieur le Président constate, et l'assemblée approuve, que toutes les actions émises de la société sont valablement représentées, ainsi qu'il résulte de la liste de présence sus-mentionnée et que tous les actionnaires présents ou représentés renoncent à toute convocation supplémentaire affirmant avoir connu à l'avance l'ordre du jour de la présente assemblée.

Ceci exposé, Monsieur le Président met au vote les résolutions suivantes, approuvées à l'unanimité:

*Transfert du siège social*

L'assemblée décide de transférer le siège de la société à L-4967 Clemency, 47, rue de la Chapelle.

Dès lors, la première phrase de l'article 2 des statuts sera libellée comme suit:

« **Art. 2, premier alinéa.** Le siège de la société est établi à Clemency.»

**Révocation des administrateurs:**

L'assemblée accepte la démission et révoque les administrateurs José Manuel Rodrigues Ribeiro, Jean-Paul Ribeiro et Térésa Ribeiro Dias.

**Nomination des nouveaux administrateurs:**

L'assemblée nomme les nouveaux administrateurs suivants:

- Monsieur Tom Jaak Marie Herman Lorre, né le 10 mai 1960 à Aalst (B), demeurant à B-9340 Ledebekke 98,
- Madame Barbara Marie Henriette E. Sollie, née le 4 octobre 1969 à Hermalle-S/Argenteau (B), demeurant à B-4130 Esneux, 1, Clos des Sources,
- Monsieur Marc Jacques Bartsoen, né le 21 avril 1966 à Wilrijk (B), demeurant à B-2630 Aartselaar, Carillolei, 43.

Monsieur Tom Jaak Marie Herman Lorre est nommé administrateur délégué avec pouvoir d'engager valablement la société par sa signature individuelle.

Les missions des administrateurs ne seront pas rémunérées.

Le mandat des administrateurs prendra fin lors de l'assemblée générale ordinaire à tenir en l'année 2010.

**Commissaire aux comptes:**

L'assemblée renouvelle le mandat de commissaire aux comptes de Monsieur René R. Cillien, né le 11 mai 1951 à Esch-sur-Alzette, demeurant à L-6925 Flaxweiler, 19, rue Gehschelt.

Le mandat du commissaire aux comptes prendra fin lors de l'assemblée générale ordinaire à tenir en l'année 2010.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour, Monsieur le Président lève la séance à 15.45 heures.

Dont acte, fait et passé à Capellen, à la date mentionnée en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ils ont signé avec Nous notaire le présent acte.

Signé: T. Lorre, R. Cillien, B. Sollie, C. Mines.

Enregistré à Capellen, le 1<sup>er</sup> octobre 2007. Relation: CAP/2007/2459. — Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): I. Neu.

Pour copie conforme, délivrée sur papier libre aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Capellen, le 12 octobre 2007.

C. Mines.

Référence de publication: 2007127664/225/59.

(070147584) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**N.V.R.C. Réalisations S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-4940 Bascharage, 119, avenue de Luxembourg.

R.C.S. Luxembourg B 106.101.

—  
*Extrait du procès-verbal de l'Assemblée Générale Ordinaire  
tenue de manière Extraordinaire des actionnaires de la société en date du 11 octobre 2007*

Il résulte du procès-verbal de l'Assemblée Générale Ordinaire tenue de manière Extraordinaire tenue en date du 11 octobre 2007 au siège de la société que:

*Première résolution*

L'assemblée prend acte et accepte les démissions des administrateurs Monsieur Norbert Jegen, Monsieur Vitor Manuel Da Conceicao Sousa, Monsieur Renato Oliboni et Monsieur Claude Hoffmann et la démission en tant qu'Administrateur Délégué de Monsieur Claude Hoffmann.

*Deuxième résolution*

L'assemblée décide de nommer en remplacement de Monsieur Norbert Jegen, administrateur démissionnaire, Monsieur Siegfried Apfel né le 12 mai 1957 à Maselheim, en Allemagne, gérant de sociétés, demeurant professionnellement à Wilhelm-Heinrich-Straße 11, D-66117 Saarbrücken.

Le mandat de ce dernier prendra fin lors l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

*Troisième résolution*

L'assemblée décide de nommer en remplacement de Monsieur Vitor Manuel Da Conceicao Sousa, administrateur démissionnaire, Monsieur le Dr Michael Marx, gérant de sociétés, né le 22 mars 1954, Saarbrücken en Allemagne, demeurant professionnellement à D-66117 Saarbrücken, Wilhelm-Heinrich-Str. 11.

Le mandat de ce dernier prendra fin lors l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

*Quatrième résolution*

L'assemblée décide de nommer en remplacement de Monsieur Renato Oliboni, administrateur démissionnaire, Monsieur Joachim Sessinghaus, fondé de pouvoirs, demeurant professionnellement à D-66117 Saarbrücken, Wilhelm-Heinrich-Str. 11.

Le mandat de ce dernier prendra fin lors l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

*Cinquième résolution*

L'assemblée décide de nommer en remplacement de Monsieur Claude Hoffmann, administrateur démissionnaire, Monsieur Horst Von Häfen, né le 21 juin 1950 à D-St.Barbara/Wallerfangen en Allemagne, fondé de pouvoirs, demeurant professionnellement à D-66117 Saarbrücken, Wilhelm-Heinrich-Str. 11.

Le mandat de ce dernier prendra fin lors l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

*Sixième résolution*

L'assemblée décide de nommer en tant qu'administrateur supplémentaire, Monsieur Mario Di Stefano, juriste, né le 26 septembre 1960 à Stuttgart (Allemagne), demeurant professionnellement à L-2132 Luxembourg, 24, avenue Marie-Thérèse.

Le mandat de ce dernier prendra fin lors l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

*Septième résolution*

L'assemblée prend acte et accepte la démission du commissaire aux comptes sortant LUX REVISION SARL.

*Huitième résolution*

L'assemblée décide de nommer comme commissaire aux comptes en remplacement du commissaire aux comptes sortant la société EUROPEAN AUDIT, S.à r.l., avec siège social à L-7390 Blaschette, 11, rue Hiel, RCS Luxembourg B 50.956.

Le mandat de ce dernier prendra fin lors l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 11 octobre 2007.

*Pour la société*

*Signature*

*Un mandataire*

Référence de publication: 2007127576/1729/54.

Enregistré à Luxembourg, le 26 octobre 2007, réf. LSO-CJ09167. - Reçu 16 euros.

*Le Receveur (signé): G. Reuland.*

(070147602) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**MAO Holdings S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-2420 Luxembourg, 11, avenue Emile Reuter.

R.C.S. Luxembourg B 29.745.

—  
DISSOLUTION

L'an deux mille sept, le deux octobre.

Par-devant Maître Emile Schlessler, notaire de résidence à Luxembourg, 35, rue Notre-Dame.

A comparu:

MAO HOLDINGS (CAYMAN) LIMITED, société de droit des Iles Cayman, avec siège social à George Town, Grand Cayman (Iles Cayman),

représentée par Monsieur Patrick Meunier, conseil économique, demeurant professionnellement à L-2227 Luxembourg, 16, avenue de la Porte-Neuve,

en vertu d'une procuration sous seing privé datée du 3 septembre 2007,

ce-dernier lui-même représenté par Monsieur Patrick Houbert, juriste, demeurant professionnellement à L-2227 Luxembourg, 16, avenue de la Porte-Neuve,

en vertu d'une procuration sous seing privé datée du 28 septembre 2007,

lesquelles procurations, paraphées ne varietur, resteront annexées au présent acte pour être formalisées avec celui-ci.

Ladite comparante, représentée comme indiqué ci-avant, a exposé au notaire instrumentaire et l'a prié d'acter:

Que la société anonyme holding MAO HOLDINGS S.A., avec siège social à L-2420 Luxembourg, 11, avenue Emile Reuter, a été constituée suivant acte reçu par le notaire Reginald Neuman, alors de résidence à Luxembourg, en date du 28 décembre 1988, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C, numéro 119 du 2 mai 1989, modifiée



suisant acte reçu par le prèdit notaire Neuman, en date du 20 juillet 1989, publiè au Mémorial, Recueil des Sociètés et Associations C, numèro 377 du 18 dècembre 1989, modifièe suisant acte reçu par le notaire Edmond Schroeder, alors de rèsidence à Mersch, en date du 31 dècembre 1992, publiè au Mémorial, Recueil des Sociètés et Associations C, numèro 152 du 8 avril 1993, modifièe suisant acte reçu par le prèdit notaire Schroeder, en date du 4 juin 1996, publiè au Mémorial, Recueil des Sociètés et Associations C, numèro 442 du 9 septembre 1996, modifièe suisant acte reçu par le prèdit notaire Schroeder, en date du 15 juin 2001, publiè au Mémorial, Recueil des Sociètés et Associations C, numèro 1240 du 28 dècembre 2001, inscrite au Registre de Commerce et Sociètés de et à Luxembourg sous la section B et le numèro 29.745.

Que le capital de ladite sociètè est à ce jour de six millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique (USD 6.000.000,00), reprèsentè par soixante mille (60.000) actions d'une valeur nominale de cent dollars des Etats-Unis d'Amérique (USD 100,00) chacune.

Que la sociètè MAO HOLDINGS (CAYMAN) LIMITED, prènommée, est devenue successivement propriètaire de toutes les actions de ladite sociètè MAO HOLDINGS S.A.

Que l'actionnaire unique a dècidè de dissoudre la sociètè à partir de ce jour.

Que la sociètè MAO HOLDINGS (CAYMAN) LIMITED, prènommée, se nomme liquidateur de la sociètè et dèclare qu'elle a repris tout l'actif, a règlè tout le passif connu de la sociètè et s'engage expressèment à prendre à sa charge tout passif pouvant èventuellement encore exister à charge de la sociètè et inconnu à ce jour.

Qu'en consèquence, la sociètè MAO HOLDINGS S.A. se trouve liquidèe et a cessè d'exister.

Que la comparante, reprèsentèe comme dit, donne èntièrè dècharge aux administrateurs et commissaire en fonction.

Que les livres et documents sociaux de la sociètè seront dèposès et conservès pendant cinq ans à L-2227 Luxembourg, 16, avenue de la Porte-Neuve.

Dont procès-verbal, fait et passè à Luxembourg, date qu'en tète des prèsentès.

Et après lecture faite au reprèsentant de la comparante, connu du notaire par ses nom, prènom usuel, ètat et demeure, il a signè le prèsent acte avec le notaire.

Signè: P. Houbert, E. Schlessler.

Enregistrè à Luxembourg, le 5 octobre 2007, LAC/2007/29913. — Reçu 12 euros.

Le Receveur (signè): F. Sandt.

Pour expèdition conforme, dèlivrèe sur papier libre aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociètés et Associations.

Luxembourg, le 24 octobre 2007.

E. Schlessler.

Réfèrence de publication: 2007127662/227/54.

(070147569) Dèposè au registre de commerce et des sociètés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**E.C.T. s.à r.l. (Entreprise de Constructions Tubulaires), Sociètè à responsabilitè limitèe.**

Siège social: L-8540 Ospern, 6, rue de Rèdange.

R.C.S. Luxembourg B 91.620.

L'an deux mille sept, le onze octobre.

Par-devant Maître Marc Lecuit, notaire de rèsidence à Mersch.

Ont comparu:

1. Monsieur Marc Herkes, indèpendant, nè à Luxembourg le 11 septembre 1962, demeurant à L-7417 Brouch, 14, rue du Moulin

2. Monsieur Patrick Atten, employè privè, nè à Luxembourg, le 10 mai 1962, demeurant professionnellement à L-8093 Bertrange, 2, rue Charles Schwall,

Qu'ils dèclarent ètre les associès de la sociètè à responsabilitè limitèe E.C.T. s.à r.l., ENTREPRISE DE CONSTRUCTIONS TUBULAIRES, Sociètè à responsabilitè limitèe, ayant son siège social à L-8540 Ospern, 6, rue de Rèdange, inscrite au Registre de Commerce et des Sociètés, section B numèro 91.620, constituèe suisant acte reçu par le Notaire Frank Baden, de rèsidence à Luxembourg, en date du 3 septembre 1993, publiè au Mémorial C, Recueil des Sociètés et Associations numèro 529 du 5 novembre 1993 et dont les statuts ont ètè modifiès en dernier lieu suisant acte reçu par Maître Camille Mines, alors notaire de rèsidence à Rèdange-sur-Attert, en date du 4 mai 2001, publiè au Mémorial C, Recueil des Sociètés et Associations numèro 1143 du 11 dècembre 2001.

Qu'ils se sont réunis en assemblèe gènèrale extraordinaire à laquelle ils s'entendent par ailleurs dûment convoquès et ont pris à l'unanimitè les rèsolutions suisantes:

*Premièrè rèsolution*

L'assemblèe dècide d'augmenter le capital à concurrence de vingt-cinq mille euros (€ 25.000,00) pour le porter de son montant actuel de vingt-cinq mille euros (€ 25.000,00) à cinquante mille euros (€ 50.000,00) sans crèation de parts sociales nouvelles.

*Deuxième résolution*

L'assemblée décide de libérer intégralement l'augmentation de capital par incorporation du résultat reporté à concurrence de vingt-cinq mille euros (€25.000,00).

La preuve de l'existence des prédites réserves a été apportée au notaire instrumentaire, qui le constate expressément, par un certificat établi au 22 août 2007 signé par le gérant technique et le gérant administratif

lequel certificat restera, après avoir été signé ne varietur par les comparants et le notaire instrumentaire, annexé aux présentes pour être formalisé avec elles.

En conséquence de la résolution qui précède l'article 6 alinéa 1<sup>er</sup> des statuts aura désormais la teneur suivante:

«Le capital social est fixé à cinquante mille euros (€ 50.000,00) divisé en mille (1.000) parts sociales de cinquante euros (€ 50,00) chacune.»

*Frais*

Les comparants ont évalué le montant des frais, dépenses rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la Société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, à environ sept cent cinquante euros (750,00 €).

Dont acte, fait et passé à Mersch, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire par leurs nom, prénoms, demeure et qualité, ceux-ci on signé le présent acte avec le notaire.

Signé: M. Herkes, P. Atten, M. Lecuit.

Enregistré à Mersch, le 12 octobre 2007, MER/2007/1437. — Reçu 12 euros.

*Le Receveur (signé): A. Muller.*

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 19 octobre 2007.

M. Lecuit.

Référence de publication: 2007127562/243/49.

(070147203) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**Rock Ridge RE 35 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1660 Luxembourg, 22, Grand-rue.

R.C.S. Luxembourg B 130.667.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 octobre 2007.

H. Hellinckx

*Notaire*

Référence de publication: 2007127559/242/13.

(070147266) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**Rock Ridge RE 34 S.à r.l., Société à responsabilité limitée,  
(anc. Field Point PE XI).**

**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1660 Luxembourg, 22, Grand-rue.

R.C.S. Luxembourg B 130.541.

In the year two thousand and seven, on the twenty-seventh day of September.

Before Us, Maître Henri Hellinckx, notary residing in Luxembourg.

There appeared:

FIELD POINT IV S.à r.l., a société à responsabilité limitée existing under the laws of Luxembourg, having its registered office at 22, Grand-rue, L-1660 Luxembourg, registered with the Luxembourg Trade and Companies Register under number B 119.324 (the «Sole Shareholder»),

duly represented by Ms Anca Iusco, maître en droit, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy given in Luxembourg on 24 September 2007.

The said proxy, initialed ne varietur by the appearing party and the notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing party is the Sole Shareholder of FIELD POINT PE XI S.à r.l., a société à responsabilité limitée incorporated and existing under the laws of Luxembourg, with registered office at 22, Grand-rue, L-1660 Luxembourg, registered with the Luxembourg Trade and Companies' Register under number B 130.541, incorporated pursuant to a deed of Maître Martine Schaeffer, notary residing in Luxembourg, on 28 June 2007, published in the Mémorial C, N ° 2049 dated 20 September 2007 (the «Company»).

The Sole Shareholder, representing the entire share capital, took the following resolutions:

*First Resolution*

The Sole Shareholder resolved to change the name of the Company from FIELD POINT PE XI to ROCK RIDGE RE 34 S.à r.l.

*Second Resolution*

As a consequence of the above resolution, the Sole Shareholder resolved to amend Article 4 of the articles of incorporation of the Company as follows:

« **Art. 4.** The Company will assume the name of ROCK RIDGE RE 34 S.à r.l.»

*Third Resolution*

The Sole Shareholder resolved to change the corporate object of the Company.

*Fourth Resolution*

As a consequence of the above resolution, the Sole Shareholder resolved to amend Article 2 of the articles of incorporation of the Company as follows:

« **Art. 2.** The purpose of the Company is the acquisition and sale of real estate properties either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad as well as the management of all operations relating to real estate properties, including the direct or indirect holding of participations in Luxembourg or foreign companies, the principal object of which is the acquisition, development, promotion, sale, management and/or lease of real estate properties.

The Company may in addition acquire, dispose of and invest in loans, bonds, debentures, obligations, notes, advances, warrants and other debt instruments and securities secured by real estate.

The Company may further guarantee, grant loans or otherwise assist the companies in which it holds a direct or indirect participation or which form part of the same group of companies as the Company.

The Company may carry out any commercial, industrial or financial activities which it may deem useful in accomplishment of its purpose.»

*Fifth Resolution*

The Sole Shareholder resolves to accept the resignation of Mr Thijs Van Ingen, Manager B of the Company, born on 5 December 1974 in Tiel, Netherlands, having the professional address at 20, rue de la Poste, L-2346 Luxembourg from the board of managers of the Company and grants him full discharge for the services performed as a member of the board of managers of the Company from his appointment up to the present resolution.

*Sixth Resolution*

The Sole Shareholder decides to appoint Mr Julien Leclere, born on 28 June 1977 in Virton (Belgium), residing at 27, rue Gluck, L-1632 Luxembourg, as new Manager B of the board of managers of the Company for an unlimited period of time.

Whereof the present deed is drawn up in Luxembourg, on the day stated at the beginning of this document.

The undersigned notary who speaks and understands English, states herewith that upon request of the appearing person, the present deed is worded in English, followed by a German version; upon request of the appearing person and in case of divergences between the English and the German text, the English version will be prevailing.

The document having been read to the appearing person, known to the notary by its name, first name, civil status and residence, such person signed together with the notary the present deed.

**Es folgt die deutsche Übersetzung des englischen Textes:**

Im Jahre zweitausendsieben, den siebenundzwanzigsten September.

Vor dem unterzeichneten Notar Maître Henri Hellinckx, mit Amtssitz in Luxemburg.

Ist erschienen:

FIELD POINT IV S.à r.l., eine société à responsabilité limitée gegründet nach dem Recht des Großherzogtums von Luxemburg, mit Sitz in 22, Grand-rue, L-1660 Luxembourg, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg unter der Nummer B 119.324 (der «Alleinige Gesellschafter»),

hier vertreten durch Anca Iusco, maître en droit, wohnhaft in Luxemburg, aufgrund einer privatschriftlichen Vollmacht, ausgestellt in Luxemburg am 24. September 2007.

Die Vollmacht bleibt nach Zeichnung ne varietur durch die Erschienene und den unterzeichneten Notar gegenwärtiger Urkunde als Anlage beigefügt, um mit derselben eingetragen zu werden.

Die erschienene Partei ist der Alleinige Gesellschafter von FIELD POINT PE XI S.à r.l., einer société à responsabilité limitée gegründet nach dem Recht des Großherzogtums von Luxemburg, mit Sitz in 22, Grand-rue, L-1660 Luxemburg, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg unter der Nummer B 130.541, gegründet gemäß Urkunde des Notars Maître Martine Schaeffer mit dem Amtswohnsitz in Luxemburg, am 28. Juni 2007, im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, Nr. 2049, vom 20. September 2007 veröffentlicht (die «Gesellschaft»).

Der Alleinige Gesellschafter, der das gesamte Kapital der Gesellschaft vertritt, hat folgende Beschlüsse gefasst:

#### *Erster Beschluss*

Der Alleinige Gesellschafter hat beschlossen, den Namen der Gesellschaft von FIELD POINT PE XI S.à r.l. in ROCK RIDGE RE 34 S.à r.l. zu ändern.

#### *Zweiter Beschluss*

Im Anschluss an den oben genannten Beschluss hat der Alleinige Gesellschafter beschlossen, Artikel 4 der Gesellschaftssatzung abzuändern, der nun wie folgt lauten soll:

« **Art. 4.** Die Gesellschaft führt die Bezeichnung ROCK RIDGE RE 34 S.à r.l.»

#### *Dritter Beschluss*

Der Alleinige Gesellschafter hat beschlossen, den Gesellschaftszweck der Gesellschaft abzuändern.

#### *Vierter Beschluss*

Im Anschluss an den oben genannten Beschluss hat der Alleinige Gesellschafter beschlossen, Artikel 2 der Gesellschaftssatzung abzuändern, der nun wie folgt lauten soll:

« **Art. 2.** Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb and Verkauf von Immobilienvermögen in Luxemburg oder im Ausland, sowie die Verwaltung aller Immobiliengeschäfte, einschließlich des direkten oder indirekten Besitzes von Beteiligungen in luxemburgischen oder ausländischen Gesellschaften deren Zweck der Erwerb, die Entwicklung, die Förderung, der Verkauf, die Verwaltung und/oder die Vermietung von Immobilienvermögen ist.

Zusätzlicher Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, Verkauf und die Beteiligung an Darlehen, Anleihen, Schuldscheinen, Obligationen, Scheinen, Krediten, Optionsscheinen und anderen Schuldinstrumenten und Wertpapieren, die durch Immobilienvermögen abgesichert sind.

Die Gesellschaft kann weiterhin Gesellschaften, in denen sie eine direkte oder indirekte Beteiligung hält oder die der gleichen Gesellschaftsgruppe wie sie selbst angehören, Bürgschaften oder Kredite gewähren oder sie auf andere Weise unterstützen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte kaufmännischer, gewerblicher oder finanzieller Natur betreiben, die der Erreichung ihres Zweckes förderlich sind.»

#### *Fünfter Beschluss*

Der Alleinige Gesellschafter hat beschlossen, den Rücktritt von Herrn Thijs van Ingen, Geschäftsführer B, geboren am 5. Dezember 1974 in Tiel, Niederlande, mit beruflicher Adresse in 20, rue de la Poste, L-2346 Luxemburg, aus dem Geschäftsführerrat der Gesellschaft anzunehmen und ihm vollständige Entlastung für die Ausübung seines Mandates als Geschäftsführer der Gesellschaft seit seiner Ernennung bis zum heutigen Zeitpunkt zu erteilen.

#### *Sechster Beschluss*

Der Alleinige Gesellschafter hat beschlossen Herrn Julien Leclere, geboren am 28. Juni 1977 in Virton, Belgien, wohnhaft in 27, rue Gluck, L-1632 Luxemburg, für unbegrenzte Dauer als Geschäftsführer B der Gesellschaft zu ernennen.

Worüber Urkunde, aufgenommen zu Luxemburg, Datum wie eingangs erwähnt.

Der amtierende Notar, der der englischen Sprache kundig ist, stellt hiermit fest, dass auf Ersuchen der Erschienenen diese Urkunde in englischer Sprache verfasst ist, gefolgt von einer Übersetzung in deutscher Sprache. Im Falle von Abweichungen zwischen dem englischen und dem deutschen Text, ist die englische Fassung maßgebend.

Nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, die dem Notar nach Namen, Vornamen, Zivilstand und Wohnsitz bekannt ist, hat diese gemeinsam mit dem Notar gegenwärtige Urkunde unterzeichnet.

Gezeichnet: A. Iusco, H. Hellinckx.

Enregistré à Luxembourg, le 5 octobre 2007. Relation: LAC/2007/29942. — Reçu 12 euros.

*Le Receveur ff. (signé): R. Jungers.*

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 16 octobre 2007.

H. Hellinckx.

Référence de publication: 2007127566/242/122.

(070147253) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**Rock Ridge RE 36 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.****Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1660 Luxembourg, 22, Grand-rue.

R.C.S. Luxembourg B 130.548.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 octobre 2007.

H. Hellinckx

*Notaire*

Référence de publication: 2007127558/242/13.

(070147259) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

**Le Premier 3 GP S.à r.l., Société à responsabilité limitée.****Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1628 Luxembourg, 1, rue des Glacis.

R.C.S. Luxembourg B 129.436.

## EXTRAIT

Il résulte de la décision prise par le conseil de gérance de la Société en date du 5 octobre 2007 que le siège social de la Société est fixé au 1, rue des Glacis, L-1628 Luxembourg.

En outre l'adresse professionnelle de Monsieur Patrice Gallasin et Madame Céline Pignon et le siège social de LE PREMIER MANAGEMENT S.à r.l., tous gérants de la Société ainsi que le siège social de l'associé unique de la Société ont été transférés au 1, rue des Glacis, L-1628 Luxembourg.

Pour extrait conforme

Signature

*Un mandataire*

Référence de publication: 2007127071/2460/19.

Enregistré à Luxembourg, le 17 octobre 2007, réf. LSO-CJ06276. - Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070146744) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

**Flowers S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-4930 Bascharage, 182, boulevard J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 99.723.

Le bilan au 31 décembre 2006 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 octobre 2007.

Signature.

Référence de publication: 2007127320/5927/12.

Enregistré à Luxembourg, le 25 octobre 2007, réf. LSO-CJ08834. - Reçu 95 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070146664) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

**Rontec S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-7257 Helmsange, 16, rue Millewee.

R.C.S. Luxembourg B 125.766.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Junglinster, le 23 octobre 2007.

Pour copie conforme

Pour la société

M. Goeres

Déléguée par Maître J. Seckler

Référence de publication: 2007127554/231/14.

(070147207) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**Flat Holding S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2210 Luxembourg, 66, boulevard Napoléon 1er.

R.C.S. Luxembourg B 79.663.

—  
*Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire  
tenue au Siège Social en date du 18 septembre 2007*

L'Assemblée décide de nommer aux fonctions d'Administrateurs avec effet au 18 septembre 2007:

- Monsieur Fays Eric, né le 25 septembre 1968 à B-Messancy, demeurant à L-2210 Luxembourg, 66, boulevard Napoléon 1<sup>er</sup> ;

- Madame Lerbs Kahrien, née le 26 juillet 1969 à B-Arlon, demeurant à L-2210 Luxembourg, 66, boulevard Napoléon 1<sup>er</sup> ;

- Monsieur Wies Aurélien, né le 27 août 1982 à F-Villerupt, demeurant à F-54190 Villerupt, 40, rue Michelet.

L'Assemblée décidé, également, de nommer à la fonction de Commissaires aux Comptes, avec effet au 18 septembre 2007:

- La Société FIDUCIAIRE INTERCOMMUNAUTAIRE S. à R.L., avec Siège Social à L-2210 Luxembourg, 66, boulevard Napoléon 1<sup>er</sup>, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 67.480.

Le mandat des Administrateurs et du Commissaires aux Comptes prendra fin lors de l'Assemblée Générale Ordinaire devant statuer sur l'exercice se clôturant au 31 décembre 2012.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait sincère et conforme

FLAT HOLDING S.A.

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2007127654/500/28.

Enregistré à Luxembourg, le 8 octobre 2007, réf. LSO-CJ02817. - Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070147636) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**Rock Ridge RE 33 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1660 Luxembourg, 22, Grand-rue.

R.C.S. Luxembourg B 130.668.

—  
Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 octobre 2007.

H. Hellinckx

Notaire

Référence de publication: 2007127552/242/13.

(070147263) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**Jarama Holding S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2168 Luxembourg, 127, rue de Mühlenbach.

R.C.S. Luxembourg B 49.235.

—  
Le bilan au 31 décembre 2006 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2007127304/1211/12.

Enregistré à Luxembourg, le 19 septembre 2007, réf. LSO-CI06469. - Reçu 26 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070146510) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

---

**A.L.P. Investment S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2168 Luxembourg, 127, rue de Mühlenbach.

R.C.S. Luxembourg B 113.682.

Le bilan au 31 décembre 2006 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2007127302/1211/12.

Enregistré à Luxembourg, le 20 septembre 2007, réf. LSO-CI07147. - Reçu 26 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070146520) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

---

**Le Premier Investment III S.C.A., Société en Commandite par Actions.**

Siège social: L-1628 Luxembourg, 1, rue des Glacis.

R.C.S. Luxembourg B 123.285.

EXTRAIT

Il résulte de la décision prise par l'associé-gérant en date du 8 octobre 2007 que le siège social de la Société est transféré au 1, rue des Glacis, L-1628 Luxembourg.

En outre, le siège social de LE PREMIER MANAGEMENT S.à r.l., associé-gérant de la Société, a été transféré au 1, rue des Glacis, L-1628 Luxembourg.

Pour extrait conforme

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2007127080/2460/17.

Enregistré à Luxembourg, le 17 octobre 2007, réf. LSO-CJ06380. - Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070146770) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

---

**E.C.T. s.à r.l. (Entreprise de Constructions Tubulaires), Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-8540 Ospern, 6, rue de Rédange.

R.C.S. Luxembourg B 91.620.

Les statuts coordonnés de la société au 11 octobre 2007 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 19 octobre 2007.

M. Lecuit

Notaire

Référence de publication: 2007127553/243/13.

(070147205) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**Rock Ridge RE 34 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1660 Luxembourg, 22, Grand-rue.

R.C.S. Luxembourg B 130.541.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 octobre 2007.

H. Hellinckx

Notaire

Référence de publication: 2007127557/242/13.

(070147255) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2007.

---

**MFG Investment, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-2613 Luxembourg, 5, place du Théâtre.

R.C.S. Luxembourg B 109.150.

---

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 19 octobre 2007.

J.-J. Wagner

Notaire

Référence de publication: 2007127136/239/12.

(070146607) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

---

**European Scents S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1940 Luxembourg, 174, route de Longwy.

R.C.S. Luxembourg B 127.554.

---

Le bilan au 31 décembre 2006 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

HALSEY GROUP SARL

Signatures

Référence de publication: 2007127140/6762/13.

Enregistré à Luxembourg, le 22 octobre 2007, réf. LSO-CJ07503. - Reçu 28 euros.

Le Receveur (signé): G. Reuland.

(070146402) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2007.

---

**Democo, Société Anonyme.**

Siège social: L-8610 Buschrodt, 19, Angelsgronn.

R.C.S. Luxembourg B 114.863.

---

*Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale extraordinaire tenue le 1<sup>er</sup> octobre 2007*

Il résulte du procès-verbal de la réunion de l'assemblée générale extraordinaire tenue en date du 1<sup>er</sup> octobre 2007 que Monsieur Arens Manfred, demeurant à B-4783 Sankt Vith (Belgique), 66A, Lommersweiler, a été nommé comme administrateur et délégué technique de la société, jusqu'à l'assemblée générale ordinaire de l'année 2011.

Il résulte du procès-verbal de la réunion de l'assemblée générale extraordinaire tenue en date du 1<sup>er</sup> octobre 2007 que Monsieur Soons Jacky, demeurant à L-9637 Bockholtz, 3, am aale Wee a eu la confirmation en sa qualité d'administrateur délégué administratif.

Il résulte du procès-verbal de la réunion de l'assemblée générale extraordinaire tenue en date du 1<sup>er</sup> octobre 2007 que la société est valablement engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes de l'administrateur délégué technique et un administrateur.

Wiltz, le 2 octobre 2007.

Pour extrait conforme

La société FIDUCIAIRE ARBO S.A.

Signature

Référence de publication: 2007128184/772/23.

Enregistré à Diekirch, le 8 octobre 2007, réf. DSO-CJ00054. - Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): J. Tholl.

(070148231) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 octobre 2007.

---